



Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schielerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 20.

Berlin, den 12. August 1917.

12. Jahrgang.

Das Ergebnis der „friedlichen Umwälzung“.

Berlin, 6. August 1917.

Das alte System.

Was der 6. Juli so hoffnungsreich versprochen, hat der 5. August erfüllt: Deutschland und Preußen haben eine neue Regierung erhalten. Wir wissen jetzt, wie die „Reichswende“, von der der „Vorwärts“ im Juli in begeisterten Artikeln schrieb, in Wirklichkeit aussieht. Dem großen Rätselraten in der Presse über die Männer, die da kommen sollten, wurde ein Ende gemacht durch die kaiserliche und königliche Entscheidung vom 5. August, durch die eine Anzahl Staatssekretäre und preußische Staatsminister abgemustert und eine neue Mannschaft für das preußisch-deutsche Staatsschiff angeheuert wurde. Die Herren vom parlamentarischen Jubiläum, dieser G. m. b. H. für die Parlamentarisierung Deutschlands, durften diesen immerhin nicht unwichtigen politischen Vorgang in ihrer Sommerfrische beim Morgenkaffee aus ihrem Leibblatte zur Kenntnis nehmen.

„Das neue System kann gar kein anderes sein als das demokratisch-parlamentarische nach innen, verbunden mit einer Politik stetiger und umfassender Friedensbereitschaft nach außen“, dekretierte das Sprachrohr der „einflussreichen“ Regierungsozialisten am 10. Juli. Doch als die Probe auf das Exempel gemacht wurde, da blieb als Resultat das alte System der gottgewollten Obrigkeitserregung. Nur zwei Parlamentarier sind mit der Ministerwürde bedacht worden, der Zentrumsmann Spahn und der Nationalliberale v. Krause, aber nicht als Vertreter und Beauftragte ihrer Partei, sondern als korrekte Beamte und zuverlässige Juristen. Bei einigermaßen gutem Willen können Zentrum und Nationalliberale in diesen Ernennungen ein winziges Konzessionsstück an ihre Parteien erblicken.

Der „Vorwärts“ nennt dieses Gegenteil von einem Systemwechsel ein „Ubergangsstadium“. Ein niederdeutsches Sprichwort besagt: „Es ist nur ein Ubergang“, sagte der Fuchs, als ihm das Fell abgezogen wurde. So machen es auch unsere Regierungsozialisten, da sie merken, daß sie bei der vielgerühmten „Neuordnung“ Fell und Haare lassen müssen. Aber nur nicht ausschalten lassen, nur immer Einfluß markieren! Das ist die ganze Weisheit von Leuten, die aus dem proletarischen Klassen- und Massenkampf ein diplomatisches Intriguenspiel gemacht haben, bei dem sie letzten Endes doch die Belämmerten sind.

Daß die Früchte der parlamentarischen Juli-revolution selbst für rein bürgerlich-demokratische Gaumenholz und sauer sind, geht aus der durchaus zutreffenden Feststellung hervor, die Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ macht: „All das aber berührt nicht — nicht im entferntesten — das eigentliche Problem. Die Volksovertretung hat bei diesen Ernennungen wieder nicht mit-sprechen dürfen, sie empfängt auch die neue Regierung als eine Gabe von oben, sie hat keine Möglichkeit zur Kontrolle, sie kann die Regierung weder beständigen noch beseitigen, sie hat keines der Rechte, die jedes andere Parlament besitzt. Das große deutsche Volk übt, als einziges Kulturvolk der Welt, weder einen direkten, noch einen indirekten Einfluß auf die Wahl seiner Geschäftsführer aus. Ohne Macht, aber auch ohne Verantwortung, ist es Schicksalsklaffen, die ohne Mitwirkung seiner gewählten Vertreter gefaßt werden, glücklich oder unglücklich sein und auch zu Katastrophen führen können, hemmschublos untertan.... Das zeigt aber auch die lebige, für die inner Entwicklung des Reiches gänzlich belanglose Umformung des Regierungspersonals, daß Herr Michaelis der wirklichen Demokratisierung oder

Parlamentarisierung, der unvermeidlichen Reuteilung von Macht und Verantwortung, einzeitigen fremd, wie einem exotischen Meerungeheuer, gegenübersteht....“

Damit ist das Urteil gesprochen über das Ergebnis der „friedlichen Umwälzung“, von der der „Vorwärts“ begeistert schrieb. Unerschütterter gehen aus ihr hervor die Vorrechte der preußischen Monarchie und das alte preußisch-deutsche Regierungssystem. Der kaiserlich deutsche Regierungsozialismus von 1914—1917 erlebt das gleiche Schicksal wie der königlich preußische Regierungsozialismus zu Schweigers Zeiten. Für unsere Scheidemänner gilt daselbe Urteil, das Schweiger einmal unbewußt über seine eigene Politik fällt: „Die vermeintlichen „Realpolitiker“ in ihrer Weisheit halten sich selbst für Schlaulöpfe, die Leiter der bestehenden Gewalten für Esel. Hintennach aber stellt sich jedesmal heraus, daß die Leiter der bestehenden Gewalten die Schlaulöpfe waren, die vermeintlichen Realpolitiker hingegen die Esel“.

Das einzige Präsent, das die parlamentarischen Revoluzzer dem Volke machen können, ist keine ausgereifte Frucht, sondern soll erst einmal eine werden. Es ist ein königliches Versprechen für eine Reform des preußischen Wahlrechts. Versprechen ist nicht gleichbedeutend mit Durchführen. Das muß den armen, irgeleiteten Vorwärtslesern immer wieder gesagt werden. Die neuen Minister sollen zwar bei Übernahme ihres Amtes erklärt haben, daß sie die kaiserliche Osterbotschaft verwirklichen wollen. Aber selbst ein Herr Theodor Wolff muß die skeptische Frage aufwerfen: „Hoffentlich glaubt keiner der Herren, man könne auch das gleiche Wahlrecht noch durch kleine Künste verwickeln, und das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht müsse nicht unbedingt das Reichstagswahlrecht sein?“

Die proletarischen Massen dürfen sich nicht auf die schlaulöpfige „Realpolitik“ der Scheidemänner verlassen, sondern sie müssen selbst auf dem Posten sein, und dafür sorgen, daß diese Frucht ausreift und unter Dach und Fach kommt. Nicht um ihrer selbst willen, sondern damit sie Kraft gibt zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele.

Die neuen Männer.

Die „friedliche Umwälzung“ hat einer Anzahl Staatssekretäre das Amt gekostet. Herr Kraette hat die Leitung des Reichspostamtes, Herr Visco die des Reichsjustizamtes und Herr Zimmermann die des Auswärtigen Amtes abgeben müssen. In der politischen Geschichte des Weltkrieges wird vor allem Herr Zimmermann eine wenig rühmliche Rolle spielen. Sein Auftreten Amerika gegenüber, vor allem das bekannte, unglaublich ungeschickte Angebot an Mexiko, hat den ohnehin schon geringen Kredit der Geheimdiplomatie völlig vernichtet. Ob es seinem Nachfolger, dem Freiherrn v. Kühlmann, der während des Krieges diplomatischer Vertreter Deutschlands in Holland und in Konstantinopel war, gelingen wird, die auswärtige Politik des kapitalistischen Obrigkeitstaates in vernünftigeren Bahnen zu leiten, bleibt abzuwarten. An dem allgemeinen Bankrott der Geheimdiplomatie wird auch er nichts ändern können. Immerhin spricht es zugunsten des Herrn v. Kühlmann, daß vor seiner Ernennung die alldeutsche Presse, allen voran der bekannte Graf Reventlow, einen wütenden Feldzug gegen ihn eröffnet hatte.

An die Spitze des Reichspostamtes ist jetzt Herr Rüdlin gestellt worden, der bisher Präsident

der Eisenbahndirektion Berlin war. Das Reichsjustizamt hat der Nationalliberale Dr. v. Krause, Geheimer Justizrat, Notar und Rechtsanwalt, der im preußischen Dreiklassenhause das Ehrenamt des 2. Vizepräsidenten bekleidete, übernommen. Herr Helfferich, dessen Gehen oder Bleiben wochenlang die politischen Rätselräter in Atem gehalten hat, bleibt in der Reichsregierung als Vizekanzler, ohne ein bestimmtes Reichsamt zu leiten. Er hat den Reichskanzler zu vertreten und hat wohl die Aufgabe, die Redeschlachten im Parlament zu schlagen. Herr Helfferich hat es verstanden, mit seiner selbstbewußten Manier selbst bürgerliche Kreise vor den Kopf zu stoßen und auch die Regierungsozialisten sind von seinem Auftreten nicht immer erbaut gewesen, aber es zeugt von seiner Beliebtheit an ausschlaggebender Stelle, daß er trotzdem in der Reichsregierung bleiben darf, wodurch auch das Maß des Einflusses, den die Herren Parlamentarier des Jubiläum angeblich erkämpft haben, gebührend gekennzeichnet wird. Daß Herr Helfferich sich stets als wütender Gegner der Unabhängigen Sozialdemokratie gezeigt hat und auch weiter zeigen wird, hat ihm in seiner hohen Stellung nichts geschadet. Im Gegenteil....

Die rechte Hand des früheren Reichskanzlers Bethmann Hollweg, der Unterstaatssekretär Bahnschaffe, ist gleich seinem Herrn und Meister verabschiedet worden. An seine Stelle trat als Unterstaatssekretär der Reichskanzlei der Landrat v. Grävenitz, dem eine entschieden konservative und agrarische Gesinnung nachgesagt wird.

Das Reichsamt des Innern ist einer verwaltungstechnischen Umwandlung unterzogen worden. Das Amt, das bisher so ziemlich alle Gebiete des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens umfaßte, wird dadurch entlastet, daß ein Reichswirtschaftsamt gebildet worden ist, dem die Handels- und Wirtschaftspolitik sowie die Sozialpolitik zufallen. An die Spitze dieses Reichswirtschaftsamtes ist der bisherige Bürgermeister von Straßburg i. E., Dr. Schwander, berufen worden. An die Spitze der drei genannten Unterabteilungen dieses Amtes sollen Unterstaatssekretäre gestellt werden, deren Ernennung noch aussteht. Ein schwacher Hoffnungsschimmer ist somit den Regierungsozialisten verblieben. Vielleicht kann doch noch einer der Ihrigen in Gnaden eines solchen Amtes für würdig erachtet werden.

Das verkleinerte Reichsamt des Innern, das die innerpolitischen, militärischen (Ersatz- und Pensionswesen usw.), kulturellen und wissenschaftlichen Angelegenheiten zu bearbeiten hat, wurde von Herrn Helfferich an den bisherigen Oberbürgermeister von Köln, Wallraf, abgegeben.

Sang- und klanglos verschwindet auch Herr v. Batocki von der Bildfläche. Mit wievielen Borsthaublorbeeren ist dieser „Lebensmitteldiktator“ bei seinem Amtsantritt von der bürgerlichen Presse bedacht worden und wie wenig hat er den Erwartungen entsprechen können! Stärker als seine Kraft und sein guter Willen waren die Verhältnisse. Nach einem uralten Worte sind nun einmal Krieg, Hunger, teure Zeit, Pestilenz und Seuchen unzertrennbare Begleiter. Daran wird auch der Nachfolger des Herrn v. Batocki, der Oberpräsident v. Waldow, der die Leitung des Kriegsernährungsamtes und gleichzeitig das preußische Staatskommissariat für Volksernährung, das vordem Herr Dr. Michaelis inne hatte, übernimmt, nichts ändern können. Herr v. Waldow wurde auch gleichzeitig zum preußischen Staatsminister ernannt. Unterstaatssekretäre im Kriegs-

ernährungsamte wurden der bayerische Ministerialdirektor Edler v. Braun und — Dr. August Müller.

Da hätten wir also einen leibhaftigen Sozialdemokraten in der neuen Regierung! Aber selbst der „Vorwärts“, dem überhaupt bei dem großen Ministerialhub sehr laienjämmerlich zu Mute ist, muß zugeben, daß die Ernennung des Herrn Müller keine „Annäherung der Reichspolitik an sozialistische Grundsätze bedeutet“, daß es sich um eine reine Beamtenstelle handelt. Im gleichen Atemzuge spricht das regierungssozialistische Zentralorgan sich selbst wieder Mut zu: „Man wird (nach der Ernennung Müllers) keinen Beamten oder Angestellten des Reichs oder des Staates mehr daran hindern können, sich als Sozialdemokraten zu betätigen.“ Du ahnungsvoller Engel, du! Dabei wissen die in Personalfragen so gut beschlagenen Herren im „Vorwärts“ ganz genau, daß Herr August Müller schon lange seinen sozialdemokratischen Jugendsünden abgeschworen hat, daß er schon lange vor dem Kriege eine eifrige und überzeugte Stütze des Gegenwartsstaates war, ja, daß es überhaupt zweifelhaft ist, ob er in seiner Hamburger Zeit als Prophet strengster genossenschaftlicher Neutralität Mitglied der sozialdemokratischen Partei war. —

Fünf preussische Ministeressel sind mit neuen Männern besetzt worden. In Gnaden, mit Pension und hohen Orden wurden entlassen der Justizminister Dr. Beseler, der Kultusminister von Trott zu Solz, der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, der Finanzminister Lenzke und der Polizeiminister v. Voebell.

Die Agrarier werden Herrn v. Schorlemer mit besonderer Wehmut scheiden sehen, konnten sie sich doch keinen besseren Vertreter ihrer Interessen wünschen, während die städtischen Verwaltungen und die Konsumenten in Herrn v. Schorlemer den Hauptschuldigen ihrer Magennöte erblickten. Ob das unter dem neuen Landwirtschaftsminister v. Eisenhart-Rothe anders wird, bleibt abzuwarten. Der neue Herr ist selbst pommerischer Rittergutsbesitzer, war lange Zeit Offizier in einem der feudalsten Dragonerregimenter und bekleidete zuletzt die Stelle eines Landeshauptmanns in Stettin.

Das Finanzministerium ist einem Herrn Hergt übertragen worden, der bisher Regierungspräsident und in politischen Kreisen unbekannt war. Die Leitung des Polizeiministeriums, oder wie es offiziell heißt, des Ministeriums des Innern, erhielt der bisherige Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Drews. Sein Vorgänger, Herr v. Voebell, war ein entschiedener Gegner einer preussischen Wahlrechtsreform. Er hatte den Oberbefehl im Kampfe gegen die verschiedenen Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiterklasse und stand stets schützend hinter dem Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow und deckte auch bis in die neueste Zeit alle Maßnahmen von dessen Nachfolger. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann davon ein Lied singen. Unsere Erwartungen in bezug auf Herrn Dr. Drews sind nicht groß. Die Tatsache, daß der neue Herr während des Krieges längere Zeit im Verein mit dem Polizeirat Henniger Berater des Oberkommandos in den Marken war, läßt keinen Optimismus aufkommen.

Herr Trott zu Solz wird im Kultusministerium von dem Ministerialdirektor Dr. Schmidt abgelöst, der bisher seine amtliche Tätigkeit den schönen Künsten gewidmet haben soll. Das Zentrum sieht Herrn v. Trott zu Solz ungern scheiden, was kein Wunder ist, denn der Herr war in religiösen und kirchlichen Fragen stramm orthodox und hat besonders den Dissidenten viel Schwierigkeiten gemacht. Daß die kirchliche Reaktion auch in Zukunft in Preußen herrschen will, geht aus einem, dem scheidenden Kultusminister gewidmeten Nachruf der „Kölnischen Volkszeitung“ hervor, in dem es heißt: „Sein Weggang ist für die Katholiken ein um so größerer Verlust, als gerade nach dem Kriege noch so manche alte Forderung erfüllt, noch so manche alte Schuld dem Katholizismus in Preußen vollends abgetragen werden muß.“ Daneben wird natürlich auch die protestantische Orthodorie ihre Forderungen präferieren. Ob dieser jetzt auf die Stimme der Dissidenten, die genau so gleichberechtigte Staatsbürger sind, wie Protestanten und Katholiken, hören wird, bleibt abzuwarten.

Das Zentrum kann sich immerhin damit trösten, daß einer seiner besten Vorkämpfer zur Würde eines preussischen Justizministers emporgestiegen

ist und im Ministerrate den alten Forderungen der Katholiken Nachdruck verleihen kann. Herr Peter Spahn tritt zwar nicht als Vertreter der Zentrumspartei, sondern als Oberlandesgerichtspräsident in das Ministerium ein, aber die Zentrumsherren haben in bezug auf die Konsequenzen ihrer Weltanschauung nicht so umgelernt, wie die Regierungssozialisten es mit den Konsequenzen ihrer sozialdemokratischen Anschauung getan haben. So kann das Zentrum ja auch einen wirklichen politischen Erfolg während des Krieges, die Aufhebung des Jesuitengesetzes, buchen.

So sieht die preussisch-deutsche Regierung nach der großen Aktion des Jubiläum aus. Als Herr Scheidemann aus Stockholm zurückkehrte, da schmetterte er in die Welt: „Jetzt, sofort, muß etwas für die Demokratie geschehen!“ Geschehen ist etwas, aber mit der Demokratie hat das ebensoviel zu tun, wie ein alter Leierkasten mit dem philharmonischen Orchester gemein hat. Und wenn der „Vorwärts“ den falschen Ton seiner Jubel-



An unsere Leser und Parteigenossen!

Unter den fortgesetzt gestiegenen Kosten für Herstellung von Zeitungen leidet auch unser Mitteilungsblatt. Die Kosten für Druck und Papier sind ständig gestiegen. Ueber große Einnahmen aus Inseraten, wie die großen Tageszeitungen, verfügen wir nicht. Wir sind lediglich auf die Einnahmen aus dem Verkauf unseres Blattes angewiesen. Es ist nicht mehr möglich, den bisherigen Verkaufspreis von 5 Pf. pro Nummer beizubehalten und wir haben uns entschließen müssen, den Verkaufspreis

auf 10 Pfennig pro Exemplar zu erhöhen.

Mit Parteigruß
Redaktion und Verlag des „Mitteilungsblatt“.



artikel aus den gloriosen Julitagen anzustimmen sucht und großspurig versichert, es stehe fest, daß die neue Regierung die letzte deutsche Beamtenregierung gewesen sein muß, so wirkt das aus solchem Munde unwiderstehlich komisch. Solange die Herren Scheidemann, Stampfer, David e tutti quanti die Demokratie ohne demos, eine Volksregierung ohne Volk, allein durch ihre schlaulüpfige Diplomatie machen wollen, solange wird es auch bei dem alten Verfassungs- und Regierungssystem bleiben. Nur die illusionslose politische Betätigung des Volkes selbst, vor allem aber der Arbeiterklasse, wird der Demokratie den Weg ebnen.

Etwas vom neuen Reichskanzler.

Ueber den neuen Reichskanzler Dr. Michaelis schreibt der Berliner Korrespondent der „Basler Nachrichten“ seinem protestantisch-orthodoxen Blatt:

„Er (Michaelis) ist tief religiös und gehört der sogenannten christlichen Gemeinschaft an, einer protestantisch-religiösen Vereinigung, die nach echter innerer Frömmigkeit strebt, aber nicht orthodox ist. Im Kreise seiner Familie pflegt Michaelis Hausandachten abzuhalten. Er hat auch den christlichen Studentenverband gegründet, der die Studenten zur religiösen Empfindung und zur ernsten wissenschaftlichen Arbeit erziehen will und sie von überflüssigem Trinken abzuhalten sucht.“

Am 6. und 7. August 1918 fand in Bernierode die 25. allgemeine christliche Studentenkonferenz zur Vertiefung christlichen Lebens und zur Anregung christlichen Wandens statt. Auf dieser Konferenz hielt Dr. Michaelis eine Rede, die für die Beurteilung des Wesens und Denkens des heutigen Leiters des deutschen und preussischen Staates von Interesse ist. Er führte aus:

„Liebe Freunde! Ich habe vor zwei Jahren, als wir in Freudenstadt versammelt waren, und wir von dem großen Krieg noch nichts ahnten, davon gesprochen, daß wir vor furchtbaren Kämpfen ständen und daß Gott deshalb in Deutschland Männer brauche, die ihm gehörend und für ihn kämpfen. Wir müssen es jetzt wiederholen, auch wenn der Krieg zu Ende geht, wir treten in Zeiten großer, schwerer Kämpfe. Die Kämpfe, die im Innern kommen werden, die werden in mancher Richtung tiefer und schwerer sein als die, die noch außen gehen. Es wäre ein eigenes Kapitel für sich, darüber zu sprechen, welchen Segen Gott der

Herr durch den Krieg uns und unserem Volke geben wollte, und wiederet wir davon schon verfaßt haben. Nun wird es darauf ankommen, ob Menschen da sind, wenn der Friede einmal gekommen ist, der in diesen inneren Kämpfen zur Stelle sind zur Ehre des Herrn und zum Segen des deutschen Volkes. In diesem Kampf, in welchem wir eintreten werden, der natürlich auch in erster Linie auch ein geistiger, ein sittlicher, ein wirtschaftlicher Kampf sein wird, da können nur Menschen etwas sein, die nichts für sich selber suchen, Menschen, die los sind von sich, die los sind von dem, was sie zur Erde zieht, von der Herrschaft materieller Bedürfnisse, aller Standesvorurteile, von der Herrschaft der Sünde. Wer in bewußter Weise seinem Eigenleben weiterleben will, wenn er bewußt Dinge kennt, die zwischen seinem Herrn und ihm stehen, der kann unmöglich mitgehen helfen; nur solche Menschen sind zu gebrauchen, die frei sind vom Ichleben, und wahrhaft frei sind nur die, die Jesus hat frei machen können, indem er uns erlöst hat und für uns gestorben ist. Wenn wir zusammenkommen, dann kommen wir zu der heiligen, ersten Prüfung zusammen, ob wir entschlossen sind, als solche in den Kampf einzutreten, die sich frei machen lassen wollen durch ihren Herrn und Heiland. Und wer hierherkommt und ist noch nicht in Ordnung mit Gott, und wer hierherkommt und weiß: Zwischen Gott und dir stehen schwere Dinge, da sind noch ungeklärte Verhältnisse, da steht vieles, das muß heraus, und er ist nicht freudig bereit, zu der Stimme seines Gewissens „Ja“ zu sagen, der kann nie Segen von dieser Konferenz mit heimnehmen, den Gott der Herr uns bereitet hat. Es kommt darauf an, ob wir ihm begeben und auf seine Stimme hören wollen, ob das Wort persönlich zu uns, zu dir gesprochen ist, und ob wir dann in Gehorsam den Weg gehen wollen, den unser Gewissen als den richtigen uns zeigt, ob wir zum Heiland kommen wollen und unsere Schuld abnehmen lassen wollen und ein neues Leben uns schenken lassen wollen, das Leben der Kraft, des Friedens, der großen Freude, in die wir hineingehen können in schwersten Zeiten, die sagen: Herr, hier bin ich, auf mich kommt es nicht an, sondern auf deine Ehre. Herr brauche du.“

Wir gehen ins dritte Kriegsjahr; ein Freund von mir, von meiner Behörde, der als Mittler im Felde steht, schrieb mir: die erste laute Begeisterung, die ist fort, aber es ist eine stumme Entschlossenheit da, freudig seine Pflicht zu tun. Das ist draußen. Und drinnen muß es ebenso sein, obwohl es für uns drinnen manchmal schwerer ist als für die draußen. Auch wir müssen ins dritte Kriegsjahr hineingehen mit zusammengeballten Händen und mit entschlossenem Herzen und festem Willen und mit unerschütterlichem Vertrauen, und das kommt nicht ohne weiteres, sondern wir müssen Kraft holen. Darum kommen wir zusammen... Ein Mann, der dem Reiche Gottes fernsteht, sagte mir: Es ist merkwürdig, daß die etnische Organisation, die auf dem Gebiete der Fürsorge bisher wirklich das Beste geleistet hat, die christliche ist. Der Mann wunderte sich darüber. Wohl weiß ich, daß das eine Gefahr ist. Wir können durch eine so große Arbeit, wo wir mit den Großen, den Reichen, den Mächtigen im Volke in Verführung kommen, wo wir auf sie und sie auf uns angewiesen sind, in die große Gefahr kommen, daß wir uns mehr auf Menschen verlassen als auf den Herrn. Und gerade, damit diese Gefahr nie Raum gewinnt, darum müssen wir zusammenkommen, wir müssen vor Gott und vor den Brüdern und Schwestern Rechenschaft ablegen, was wir getan haben, und Gott bitten, daß er unser Wert nicht Schaden leiden läßt, weil es so ins Große gewachsen ist. Die ganze Arbeit, die wir tun, kann nur dann von Gott gesegnet werden, wenn diejenigen, die sie leiten, täglich ihre Kraft und ausschließlich von dem Herrn nehmen, und wenn sie verbunden sind durch die Gemeinschaft des Gebets zu ihm für ihre Arbeit.“

Wir sind überzeugt, daß die große Mehrzahl unserer Leser der Weltanschauung, die aus diesen Gedankengängen spricht, völlig fremd gegenübersteht und auch über die Vorzüge der christlichen Organisation ihre eigene Meinung hat. Wie sich überhaupt über das Thema „Krieg und Christentum“ sehr viel kritisches sagen läßt, was einer späteren Zeit vorbehalten bleiben muß.

Der neue Reichskanzler und die evangelischen Arbeitervereine.

Auf einen Gläubwusch des Verbandes der evangelischen Arbeitervereine erklärte sich der Reichskanzler in seiner Antwort bereit, den Bestrebungen dieser Vereine, deren aufrichtiger Freund er von jeher gewesen sei, warme Fürsorge zuzuwenden zu wollen.

Und was erstreben die evangelischen Arbeitervereine in politischer Hinsicht? Darauf gibt folgende, dieser Tage veröffentlichte Erklärung des „Geschäftsführenden Ausschusses des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine“ Aufschluß:

„Inmitten der grauenvollen Verwirrung und Zersetzung der öffentlichen Meinung erklären die Unterzeichneten, daß sie unbedingt festhalten an der Forderung: ein hartes, deutsches Kaiserreich, kein parlamentarisches Regiment; ein unabhängiges Beamtenum, keine Herrschaft dilettantischer Berufspolitiker; ein harter deutscher Friede, kein sanfter Veröhnungs- und Versöhnungsfrieden.“

Die evangelischen Arbeitervereine wollen also keine Demokratie und keinen Verständigungsfrieden. Und sie können sich dabei auf die Sympathie des neuen Reichskanzlers für ihre Bestrebungen berufen. Der regierungssozialistische „Vorwärts“ aber sucht seinen Arbeiterlesern jeden Tag einzureden, daß Herr Dr. Michaelis sich die regierungssozialistischen Demokratisierungswünsche zu eigen gemacht habe und auch der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit völlig zustimme.

Wer hat nun Recht?

Die Kriegsergebnisse haben in den letzten zwei Wochen gewaltige militärische Kräfteanstrengungen gebracht. Das gilt besonders für die Westfront, wo am 31. Juli in Flandern nach ungeheurer, wochenlanger artilleristischer Vorarbeit ein wichtiger Vorstoß englischer und französischer Infanteriemassen erfolgte. Die stets war auch hier das Ergebnis: geringer Geländegewinn und furchtbare Blutopfer. Der englische Vorstoß wurde am 1. August nochmals erneuert. Die Engländer wollen durch ihre Offensive die flandrische Küste, den Stützpunkt der deutschen U-Bootoperationen, in ihre Gewalt bekommen. Ein solches Unterfangen würde aber angesichts der zähen Verteidigung der deutschen Truppen ein so furchtbarer Abbruch für beide Teile werden, daß alle fröhlichen Klänge des Weltkrieges davon in den Schatten gestellt würden. Dabei ist nach allen bisherigen Erfahrungen eine völlige militärische Vernichtung des einen oder des anderen Gegners ganz ausgeschlossen. — Im Osten wird die linke Hälfte der Russenfront immer weiter zurückgedrängt. Galizien und die Bukowina sind fast völlig von den Russen geräumt worden und die verfolgenden Truppen der Mittelmächte haben zum Teil schon die russische Landesgrenze überschritten. Auch die Karpatenstellungen der Russen sind erschüttert worden. Die Hauptstadt der Bukowina, Czernowitz, wurde von den Russen erst nach hartnäckigem Widerstande aufgegeben. In den deutschen und österreichischen Heeresberichten werden Widerstandsversuche einzelner russischer Truppenverbände besonders hervorgehoben, während die russischen Berichte schwarz in schwarz malen, um die Auflösung der Armeen in abschreckenden Farben darzustellen und den Kriegswillen des Volkes aufzupeitschen.

Ausland: In Oesterreich hat sich der Leiter des derzeitigen Beamtenministeriums, Herr v. Seidler, in den letzten Tagen bemüht, ein parlamentarisches Koalitionsministerium zustande zu bringen. Aber angesichts der schroffen nationalen Gegensätze ist er nicht über den Versuch hinausgekommen. Bei dieser Gelegenheit erfährt man auch, daß der schwarz-gelbe Sozialpatriot Fernerstorfer als Vizepräsident des Reichsrates vom österreichischen Kaiser in einer Audienz empfangen wurde.

In Polen herrscht infolge der Verhaftung Pilsudskis starke Erregung. So haben die Warschauer Stadtverordneten wegen dieser Angelegenheit demonstriert, auch hat der polnische Staatsrat in einem Schreiben an den Generalgouverneur v. Beseler seine Bedenken über den Vorfall geäußert. Auch die polnischen Sozialisten haben entschieden für Pilsudski Partei ergriffen und sich auch gegen das Wolffsche Telegrammbüro gewandt, das über die Person Pilsudskis allerlei falsche Mitteilungen gemacht habe.

Die Schweiz befindet sich andauernd in großen Versorgungsnot. Ihre Zufuhr von Rohstoffen usw. steht sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite auf große Schwierigkeiten. Neuerdings wurde gemeldet, daß die Schweiz als Gegenleistung für Lieferung von Kohle und Eisen eine deutsche Anleihe aufnehmen habe.

In Frankreich, wo sich das Parlament bis 18. August vertagt hat, gab es in der vorigen Woche auch eine innere Krise, bei der die Regierungssozialisten mit starken Worten nicht sparten, um schließlich doch in der Gefolgschaft der Regierung zu bleiben. Am 31. Juli hatte der Ministerpräsident Ribot fast gleichzeitig mit dem englischen Minister Balfour eine Rede gehalten, in der er die Angriffe des Reichskanzlers Dr. Michaelis wegen der annexionistischen Geheimverträge Frankreichs mit Rußland zu widerlegen suchte. Ribot schwieg sich über die Absichten Frankreichs auf das linke deutsche Rheinufer aus und unterstrich nur die Forderung auf „zurückhaltung“ Elsaß-Lothringens. Da die Sozialisten von den Erklärungen Ribots nicht befriedigt waren, interpellierte Renaudel einige Tage später über die Lage und es kam zu stürmischen Kammerverhandlungen. Als es sich aber darum handelte, die Konsequenzen aus der Differenz mit der Regierung zu ziehen, da versagten die Regierungssozialisten. Das Ministerium erhielt ein Vertrauensvotum und der Sozialist Thomas bleibt Munitionminister. Immerhin läßt das an sich klägliche Verhalten der Sozialisten den Rückschluß zu, daß sie der Friedenssehnsucht der breiten Massen Rechnung tragen müssen.

Das gleiche gilt auch für England, wo alle aufpeitschenden Ministerreden nicht über die Tatsache hinwegtäuschen können, daß die Friedensbewegung immer weiter um sich greift. So haben der Sozialist Snowden und der Liberale Lees Smith im Unterhaus gegen Bonar Law entschieden den Friedens-

gedanken vertreten. Auch der sozialpatriotische Arbeiterminister Henderson, der lange vom Frieden nichts wissen wollte, hat sich für die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz entschieden. Sein Chef Lloyd George hat zwar betont, daß es für die englische Regierung nur eine Fortsetzung des Krieges und keine Erörterung der Friedensbedingungen geben könne, aber Henderson wird wohl die Stimmung der englischen Arbeitermassen gut genug kennen, denn sonst würde er nicht von Friedensmöglichkeiten reden und sich den Angriffen der konservativen Kriegsbeher aussetzen. Am 5. August hat Lloyd George in einer Versammlung zu London eine große Rede gehalten, in der er den Ausführungen des Reichskanzlers die Kriegsziele der Entente entgegenstellte. Es war eine Rede, in der die Grundtendenz aller Ministerreden in allen Ländern, den Kriegswillen des Volkes aufzupeitschen, ganz besonders stark und temperamentvoll unterstrichen wurde. Lloyd George wußte die schwankende Haltung der deutschen Regierung in der Friedensfrage sehr geschickt zur Aufpeitschung seiner Zuhörer auszunutzen. Von ganz schwerem Kaliber waren auch seine Argumente, die er gegen die englischen Friedensfreunde ins Feld führte. In der Versammlung war auch der italienische Minister des Auswärtigen, Sonnino, anwesend, der allerlei schöne Worte über das englisch-italienische Bündnis und über die Ideale des italienischen Imperialismus machte.

In Rußland hat der Konflikt zwischen Bürgertum und Sozialisten sich noch mehr vertieft. Die Kadetten taten alles Mögliche, um der provisorischen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Erst die Drohung Kerenskis, sein Amt niederzulegen, hat Kadetten und Menschewiki veranlaßt, sich zu einem Kompromiß herbeizulassen, das sicher nicht von langer Dauer sein wird. Darnach stellen sich die Kadetten auf den Boden des Friedensprogramms der Arbeiter- und Soldatenräte und erkennen auch theoretisch deren Forderungen in bezug auf innere Reformen an. Die Arbeiter- und Soldatenräte aber machen eine Konzeßion, die ihnen sicher noch teuer zu stehen kommen wird: sie verzichten auf den Einfluß und die Kontrolle, die sie bisher auf die Regierung ausgeübt haben. Selbst die Regierung zu übernehmen, wie es die Bolschewiki verlangen, weigern sich die gemäßigten Sozialisten, weil sie fürchten, der wirtschaftlichen und politischen Riesenaufgaben ohne Mitwirkung des Bürgerturns nicht Herr werden zu können. Sie glauben, daß bei etwaigen Mißerfolgen und Enttäuschungen die ungeschulten Volksmassen sich vom Sozialismus abwenden und der Gegenrevolution in die Arme werfen würden. Der Verzicht der Arbeiter- und Soldatenräte auf ihre Kontrollmacht schließt aber ebenfalls die Gefahr in sich, die Gegenrevolution zu stärken. Tatsächlich ist Kerenski jetzt in Rußland Diktator. Er wird die Regierung nach seinem Wunsche zusammensetzen. Und wenn er auch wiederholt versichert hat, daß er an den demokratischen Errungenschaften der Revolution nicht rütteln werde, so ist die Diktatur doch eine gefährliche Waffe, die von Gewaltmaßregeln zu Gewaltmaßregeln treibt. Ein Beispiel dafür bietet schon die unverzeihliche Verfolgung der Bolschewiki. Sie ist auch eine politische Dummheit, denn die unzufriedenen Volks- und Soldatenmassen werden erst recht mit den Verfolgten sympathisieren. Vom sozialistischen Standpunkt aus ist die Hege gegen die Lenin usw. auf das Schärfste zu verurteilen. Ganz töricht ist der Vorwurf, die Bolschewiki seien durch deutsche Agenten bestochen worden. So ist auch die vielen Berliner Genossinnen bekannte Genossin Kollontai verhaftet worden mit der Behauptung, sie stehe in deutschem Solde.

In die Verfolgungskampagne gegen die Bolschewiki ist von russischer und deutsch-regierungssozialistischer Seite auch die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie mit hineingezerrt worden. „Ruskoje Slowo“ brachte am 27. Juli folgende Sensationsmeldung:

„Aus Kopenhagen kommt folgende Nachricht nach Petersburg: Der deutsche Reichstagsabgeordnete Haase, der Führer des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, hat auf der Rückreise von Stockholm in einer Unterredung mit russischen Sozialisten erklärt, daß der bekannte Dr. Helphand-Parvus den Vermittler spiele zwischen der deutschen Regierung und einigen russischen Bolschewiki und diesen deutsches Gold übermittelte.“

Die Nachricht ist, soweit Genosse Haase in Frage kommt, grober Schwindel; aber auch ganz allgemein klingt für jeden Kenner der Verhältnisse auf der Hand, daß es sich um eine plumpe Sensationslüge handelt. Die Bolschewiki lassen sich mit deutschem Gelde nicht bestechen. Und Parvus, der Herausgeber der regierungssozialistischen „Glocke“, der das Blatt nur zur Verteidigung der deutschen Regierungssozialisten und zur Stimmungsmache für ihre Politik ins Leben rief,

wäre der letzte, mit dem sich die Bolschewiki, die russischen radikalen Sozialisten, in Vermittlungsgeschäfte einließen. All das hindert aber den „Vorwärts“, die J. K. und die bürgerliche Presse nicht, ihre Schmutzblätter über die Unabhängige Partei auszugeben. Die Bolschewiki aber werden sich für solche Verteidiger bestens bedanken.

Die Leitung der Bolschewiki-Partei hat in der schärfsten Weise Protest gegen die Verfolgungen eingelegt und eine sofortige öffentliche Untersuchung der Angelegenheit verlangt.

Der russische Oberbefehlshaber Brussilow ist entlassen worden; der Oberbefehl wurde dem General Kornilow übertragen. Der Minister des Auswärtigen, Tereschtschenko, hat einen Zirkularerlaß an die russischen Vertreter im Auslande ergehen lassen, nach dem die Regierung an der Fortsetzung des Krieges bis zu einem allgemeinen Frieden, der die Errungenschaften der Revolution sichert, verkündet wird. Inzwischen hat sich auch der Konflikt mit Finnland verschärft. Der finnische Landtag, der sich für eine weitgehende Autonomie ausgesprochen hat, ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen sollen am 1. und 2. Oktober stattfinden. — Der russische Ackerbauminister Tschernow, der dem Bürgertum wegen seiner agrarischen Reformpläne unbenommen war, ist aus dem Ministerium ausgetreten. Wie die Grundbesitzer, so machen auch die Großindustriellen die größten Schwierigkeiten. Im wichtigen Moskauer Industriebezirk planen sie Massenausweisungen, um die Forderungen der Arbeiter nicht zu erfüllen. Die Betriebe zu übernehmen haben die Sozialisten keinen Mut, da sie befürchten, daß ohne die bürgerlichen Techniker, Ingenieure usw. ein Produzieren unmöglich sei.

In China hat die neugebaute republikanische Regierung in Gemeinschaft mit dem Parlament an Deutschland den Krieg erklärt.

Innere Politik: Ein recht eigenartiges Dementi brachte dieser Tage die „Norddeutsche Allgemeine Zig.“ auf Angriffe aus dem Ententelager. Darnach sollte am 5. Juli 1914 ein Kronrat in Potsdam stattgefunden haben, auf dem die Angriffsabsichten Deutschlands und Oesterreichs genau festgelegt sein sollen. Das wird in dem Dementi entschieden in Abrede gestellt; weiter heißt es darin, daß Deutschland den Inhalt jenes verhängnisvollen Ultimatums, das Oesterreich an Serbien stellte und das den Weltkrieg einleitete, überhaupt nicht gekannt habe. Für die spätere Kritik über Ursache und Veranlassung des Krieges wird diese Feststellung sehr bedeutsam sein, besonders für die Beurteilung der unglückseligen Geheimdiplomatie.

Eine schöne Gedenkfeier gab es am 4. August in Reichstagsgebäude. Der dritte Jahrestag der Bewilligung der ersten Kriegskredite wurde feierlich begangen. Neben der Abingung der Pieder „Heil dir im Siegerkranz“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ wurde auch annähernd ein Duzend Reden gehalten. Es sprachen u. a. der Reichskanzler Dr. Michaelis, Reichstagspräsident Kaempf, Graf von der Schulenburg-Grünthal, Oberbürgermeister Bermuth, der Chef des Stellvertretenden Generalstabes Generalleutnant von Freitag-Doringhoven, der in seinen Büchern entschieden den Grundsatze vertritt, daß in Staat und Heer eine führende Klasse unentbehrlich ist und daß die Lehre vom ewigen Frieden ein unverzeihliches nationales Verbrechen sei, und — Herr Legien. Der „Vorwärts“ ist über die Rede Legiens nicht gerade mitteilbar, wie er auch nichts darüber sagt, ob an der Feier auch andere regierungssozialistische Größen teilgenommen haben. Nach dem „Berl. Tageblatt“ führte Herr Legien aus:

„Mit Geist und Leib trat die Arbeiterschaft für die Sache des Vaterlandes ein. (Beifall.) Der Redner besprach dann die Kriegsfürsorge der Gewerkschaften. Die Masse der Arbeiter hat immer mehr erkannt, daß es sich darum handelt, die Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens zu sichern. Unsere Gegner wollen unsern Handel und unsere Industrie unterdrücken. Darum haben wir auch die Kriegskredite bewilligt. Die Arbeiterschaft leidet schwer unter der Kriegsnot, sie leidet aber stumm, um die Sache des Vaterlandes, die ihre eigene ist, zu dienen. Das Einzelinteresse hat vor dem Gesamtwohl zurückzustehen.“

Das erkennen die Arbeiter an, im Gegensatz zu den Leuten, die aus der Kollage des Volks Gewinne ziehen wollen. Die Feinde glauben törichterweise an den Zusammenbruch Deutschlands. Ein Volk, das so zusammenhält, ist nicht zu vernichten, weder durch Waffengewalt, noch durch wirtschaftlichen Druck. Die Stunde der Gefahr ist noch nicht vorüber, darum stehen wir weiter zum Vaterlande: bereit zum Frieden, entschlossen zum Kampf. (Starker Beifall.)

In ähnlicher Weise hatte schon das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ den 4. August gefeiert. Auch der „Vorwärts“ spürt denselben Faden und entwickelt zum 10. und 11. Male sein Dogma vom Verteidigungskriege, was zurzeit, da er sich von aller Kritik sicher weiß, kein Kunstreißer ist.

Landwirte und Landarbeiter.

Der Landeskulturrat in Sachsen hat kürzlich Arbeitsverträge mit russisch-polnischen Arbeitern festgesetzt und auch die zu gewährenden Lohnentschädigungen und Deputat bestimmt.

Als Deputat ist vom Landeskulturrat festgesetzt worden für den Mann und die Woche: 30 Pfund Kartoffeln, 7 Ltr. Magermilch oder 3 1/2 Ltr. Vollmilch, 1/2 Pfund Mehl, 3 Pfund Brot, 2 Pfund Graupen oder Grieß, 1 Pfund Hülsenfrüchte, 1/2 Pfund Fleisch, 1 Pfund Zucker, 1/2 Pfund Salz, Sa. 5,19 M., das sind für Arbeitstag und Mann 85 Pf.

An Löhnen sind vorgesehen 1. für Männer und starke Burken 16. 11.—15. 3. 1,90 M., 16. 3.—15. 11. 2,20 M., während der Erntezeit 2,50 M., 2. für Frauen und Mädchen 16. 11.—15. 3. 1,40 M., 16. 3.—15. 11. 1,60 M., während der Erntezeit 1,90 M. Die Kautions soll 30 M. betragen.

Diese Sätze sind durchaus minimal und mit den heutigen Löhnen in keiner Weise in Einklang zu bringen. Man bedenke nur die Teuerung für Kleidung und Schuhwerk. Bezeichnend ist, wie die Landwirte gegen diese Festsetzungen, soweit sie sich auf das sogenannte Deputat beziehen, Sturm laufen. Wie das geschieht geht aus einem Bericht hervor, den die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht. Danach hat sich eine in Vöbau i. S. unter Vorsitz des Herrn v. Helderich auf Bellowitz abgehaltene Versammlung von 26 Landwirten der Amtshauptmannschaft Vöbau i. S. mit der Angelegenheit beschäftigt. Mit den vorgeschlagenen Löhnen war man einverstanden, zumal sie tatsächlich sehr niedrig bezeichnet werden müssen, nicht aber mit dem Deputat. Es wurde eine Entschließung angenommen, deren Inhalt besagt:

„Wir sind wohl bereit, eine Entschädigung in einer angemessenen, aber wesentlich unter dem Deputatswert sich bewegenden Lohnerhöhung zu gewähren. In Natur können diese Deputate heute, und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren, nicht voll verabreicht werden, es ist den Arbeitern Geld dafür zu zahlen. Für Geld erhalten aber diese Leute heute so gut wie nichts zu laufen. Das hohe Deputat ist deshalb nicht anderes, als eine versteckte und enorme Lohnerhöhung. Einen maßgebenden Grund zu einer solchen Lohnerhöhung vermag die Versammlung nicht zu erkennen.“

Die Versammlung ist der Ansicht, daß es durchaus unzweckmäßig sei, diese Leute allzusehr zu verwöhnen. Nach dem Kriege werden sich die Verhältnisse in der Landwirtschaft unzweifelhaft völlig anders gestalten, wie während der Kriegszeit. Die Einnahmen werden geringer, die Unkosten annähernd gleich hoch, die Steuern enorm hoch werden. Die einmal gewährten Löhne und Deputate werden aber bleiben müssen, wenn man diese Leute einmal daran gewöhnt hat. Aber auch die inländischen Arbeiter werden mit Recht gleiche hohe Löhne und Deputate fordern. Will die Landwirtschaft unter so schwierigen Verhältnissen bestehen können, so werden alle landwirtschaftlichen Produkte sehr hoch gehalten werden müssen. Das verteuert aber die Lebenshaltung der Bevölkerung. Ob die neuzeitige, demokratische Richtung, welche nach dem Kriege sicher noch erstarken wird, so hohe Lebensmittelpreise auf die Dauer dulden wird, ist, nach früher gemachten Erfahrungen, kaum anzunehmen. Man wird sehr bald nach billigem Brote streben!

Es erscheint deshalb vorzuziehen, wenn man rechtzeitig an die Zukunft denkt und Löhne und Deputate nicht höher schraubt als unbedingt nötig, um Arbeiter zu erhalten. Sind die russisch-polnischen Arbeiter mit geringerem Deputat zufrieden, warum trachtet man danach, diese ohne triftigen Grund wesentlich zu ändern. Die polnischen Arbeiter konnten sich z. B. bisher mit 25 Pfund Kartoffeln in der Woche ausreichend füttern, warum sollen sie nun 30 Pfund erhalten? Warum will man diesen Leuten das Leben plötzlich mit Zucker versüßen, wo dieselben bisher nie Zucker gegessen haben? Warum will man überhaupt von dem Grundsatz abweichen, daß Arbeiter einen Teil ihres Lohnes für Lebensmittel ausgeben?

Unter den gegebenen Verhältnissen müßte die Landwirtschaft zu ihrem Nachteil auf die Vermittlungstätigkeit des Landeskulturrates ein für allemal verzichten!

Schon die ganze Art, wie diese feudalen Herren über die Arbeiter sich äußern, ist charakteristisch. Der Landeskulturrat hat nur ein Mindestmaß aufgestellt, was den Arbeitern zu gewähren ist. Aber selbst dieses ist den Herren noch zu hoch. Dabei erhalten sie jetzt für die Agrarprodukte Preise, die noch nie in dieser Höhe gezahlt worden sind. Preise, die ihnen obendrein noch gewährleistet werden. Aber sie wollen mehr. Sie schreien nach geringeren Löhnen und halten sich darüber auf, weil die Bevölkerung sich wieder nach billigerem Brote sehnen könnte.

Gegen Hamsterfahrten.

Der Oberkommandierende in den Marken hat eine Verordnung gegen die Hamsterfahrten auf das Land erlassen. Darin wird gesagt, daß die Bahnsteige, Gepäckräume sowie die Abteile der Züge von Polizeibeamten, Gendarmen und Polizeihilfskräften nach beschlagnahmten Lebensmitteln durchsucht werden würden.

Es wird in der Verordnung leider nicht genau gesagt, was unter dem Begriff Hamsterfahrten verstanden wird. Gemeinhin sollen die Landbewohner keine rationierten Lebensmittel abgeben. Wer direkt von dem Erzeuger sich solche rationierten Lebensmittel verschafft, wird zu den Hamstern gerechnet.

In den letzten Wochen haben die Hamsterfahrten in erheblichem Maße zugenommen; und die Kartoffeln, die manche von diesen Fahrten nach Hause brachten, sind oft recht teuer geworden. Gefährlich wurde diese Hamsterei, wenn der Einkäufer die Lebensmittel weiterverkauft und nicht für sich verbraucht.

Jetzt soll das aufhören, weil sonst die gleichmäßige Verteilung leidet. Recht bezeichnenderweise ist es die „Deutsche Tageszeitung“, die auf die Hamsterfahrten der reichen Leute besonders hinweist, indem sie schreibt: „Kann man schon ohnehin danach im Zweifel sein, ob mit dieser Verordnung das gute Verhältnis zwischen Stadt und Land gefördert wird, worauf Reichsstatthalter Dr. Michaelis beifolglich mit Recht großen Wert legt, so wird man nicht wenig erstaunt sein, daß die mit Gespannen und Autos reisenden Hamsterer von dieser Verordnung nicht betroffen werden. Konsequenterweise müßten diese nun auch angehalten und durchsucht werden. Stellen wir uns vor, daß diese Verordnung auf das ganze Reich ausgedehnt würde, so kann man wohl ersehen, welche Zahl von Polizeibeamten und sonstigen Hilfskräften zu dieser unproduktiven Tätigkeit auf Bahnhöfen und Landstraßen gebraucht werden. Würde man dagegen diese nicht ganz unbedeutende Zahl von Aufsehern als Arbeiter in der Landwirtschaft zur Förderung der Produktion verwenden, dann würden so viel Lebensmittel in die Städte kommen, daß diese Polizeitätigkeit — auch eine Folge des heutigen Wirtschaftssystems — überflüssig gemacht würde.“

Wir wollen auf die letzte Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung“ nicht weiter eingehen, man merkt die Absicht — aber der Hinweis auf die Hamsterei in Autos und Gespannen, die nach Mecklenburg und anderswo hingefahren sind und Fleisch und Butter eingekauft haben, ist sehr angebracht. Hier sollte zuerst angefangen werden.

Weiteres.

Paul Lensch und die Revolution im Ghetto. In Nr. 16 der „Glocke“ schreibt Paul Lensch über „Die deutsche Revolution“. In der Tat wird es nach und nach auch dem blödesten Auge klar, daß es eine Revolution ist, die wir durchleben, und zwar eine Revolution, mit der verglichen, die „große“ französische Revolution von 1789 ein Krakehl im Hühnerhof war.“

Gut gekräht, Gott Lensch! **Rache ist süß.** Im Merseburger Tageblatt erklärt ein Fräulein M. K. folgende auffällig gefasste und hübsch umrandete Anzeige: „Bezüglich der Anzeige des Monteurs H. St. in Merseburg, daß er seine Verlobung mit mir aufhebe, erkläre ich hiermit, daß ich jedem, der ein Interesse daran hat, den Brief zur Verfügung stelle, in dem er mir mitteilt, daß das Vergnügen mit einer Kriegerwitwe ihn zwingt die Folgen zu tragen und mich bitter, ihn nicht zu hart zu verurteilen, da er genug bestraft sei.“

Vereins-Veranstaltungen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung: Montag, den 13. August 1917, Köpenicker Straße 92. Vortrag. Nach demselben praktische Verhandlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Sonntag, den 19. August: Große öffentliche Übung, Spielplatz am Karpfenteich in Treptow, nachmittags 3 Uhr.

Quittung.

4. Kreis. Für den Pressefonds: Liste 1207 3,40, 1208 3,80, 1209 10,50, 1301 4,60, 1302 1,—, 1304 1,—, 1341 13,80, 1342 2,50, 1344 5,—, 1346 2,95, 1355 10,70, 1357 1,50, 1428 u. 1433 17,50, 1579 7,—, 1661 3,65, 1781 K. G. G. Hennigsdorf Flugbau-Abt. Helmer 27,70, 1785 2,—, 1791 1,50, 1792 4,50, 1793 1,—, 1796 1,—, 1797 8,50, 1798 1,—, 1857 9,25, 2001 1,50, 2004 8,—, 2009 3,—, 2020 11,50, 2051 13,—, 2052 6,—, 2063 1,50, 2064 6,50, 2072 1,—, 2147 4,50, 2199 2,—, 2202 2,50, 2214 4,50, 2220 12,20, 2228 10,—, 2250 3,—, 2358 Bezirk 325 10,—, 2354 5,—, 2471 2,—, 2478 2,50, 2474 5,—, 2475 2,50, 2476 2,—, 2477 0,50, 2478 3,—, 2479 5,—, 2480 10,—, 2483 1,40, 2500 1,—, 2501 3,65, 2507 3,70, 2508 2,—, 2509 7,—, 2626 12,75, 2681 1,—, 2683 8,—, 2706 3,30, 2711 8,—, 2724 3,05, 2725 3,—, 2852 durch G. Gärtze 3,30 Mt. Summa 632,50 Mt. Bereits quittiert 6391,15 Mt. Summa 6723,65 Mt.

Zur Agitation für die U. S. P. D. Reste der Vertrauensmännertafel der Schlosser von der Firma Max Haffe & Co. im Betrage von 5 Mt., abgeliefert durch J. Stockgänger. Diverse. Leo & Seppel 3 Mt.

Achtung! Mitglieder der U. S. P. D.

Kreis Teltow · Beeshow · Storkow · Charlottenburg. Zahlt Eure Beiträge nur an die Kassierer und Zahlstellen der Opposition. Achtet auf Legitimationskarten und Bezirkslokal-Plakate. **Verhindert durch Eure Wachsamkeit,** daß die Durchhalter Eure Groschen erschleichen. Besonders die Neuköllner Genossen und Genossinnen seien aufmerksam gemacht. **Genossen, die aus dem Felde zurückgekehrt, versäumen nicht sich umgehend bei ihrem Wahlverein wieder anzumelden.** Der Kreisvorstand.

Wahlverein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis. Dienstag, den 14. August, abends 8 Uhr: **General-Versammlung** in den „Sophiensälen“, Sophienstraße. Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben.* Referent: Ernst Däumig. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Um guten Besuch ersucht Der Vorstand.

Unabhängiger sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow · Beeshow · Storkow · Charlottenburg.

Büro: Neukölln, Redarstr. 3, Laden. Tel.: Neukölln 1894.

Donnerstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr: **Mitglieder-Versammlungen**

in folgenden Lokalen:
Adlershof: Rest. Lehmgrübner, Bismarckstr. 2.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 4.
Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstr. 151.
Schöneberg: Schwarzer Adler, Hauptstr. 144.
Mariendorf: (Lokal wird noch bekanntgegeben).

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Will das Volk Frieden?
Eintritt nur gegen Eintrittskarte.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis. Als Opfer des Weltkrieges fiel am 4. Juli d. J. unser Genosse

O. Vallmann
Wilhelmstr. 35, 3. Abt.
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

3. Wahlkreis. Unser alter Parteigenosse und langjähriger Bezirksführer

Wilhelm Ladwig
ist, nachdem er 3 Jahre den Weltkrieg mitgemacht hat, am 30. Juli im Osten gefallen. Seiner Ueberzeugung ist er stets treu geblieben. Wir werden sein Wirken und sein Arbeiten für die Partei noch lange in Erinnerung behalten. Ruhe sanft in fremder Erde.
Die Parteigenossen und Bezirksführer der 8. Abteilung.

4. Wahlkreis. Im Juli fiel im Alter von 45 Jahren der Zigarettenmacher

Paul Petersohn
Weidenweg 84, Bezirk 843.

Im Juli fiel im Alter von 29 Jahren

Hans Gröning
Barnimstr. 9, Bezirk 882 II.

Wahlverein Neukölln. Am 18. Juli fiel im Westen unser Genosse

Albert Schulz
Friedelsstr. 29, 1. Bezirk.
Als Opfer des Weltkrieges starb im Lazarett unser Genosse, der Klempner

Gustav Schulz
Erlangerstr. 6, 5. Bezirk.

Am 30. Juli verstarb im Lazarett unser Genosse, der Schuhmachermeister

August Blümel
Donaustr. 102, 7. Bezirk.

Wahlverein Wilmersdorf. In den letzten schweren Juli-Kämpfen fiel unser lieber Genosse

Kurt Tuderwamm.
Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis. Am 5. August verstarb unsere Genossin **Maria Steidel** Langenbeckstr. 3, Bezirk 386.

Im Juli verstarb unsere Genossin **Hedwig Schwarz** Wienerstr. 51, Bezirk 197 II.

5. Wahlkreis. Am Sonnabend, den 4. August, starb unser alter Parteigenosse, der Zeitungshändler

Paul Trunsch
Rückerstr. 1, 4. Abteilung.
Die Genossen werden sein Andenken in Ehren halten.

Wahlverein Neukölln. Am 2. August starb unsere Genossin Frau **Elisabeth König** Angengruberstr. 23, 7. Bezirk.
Ehre ihrem Andenken!

Stockholm.

Berlin, 6. August 1917.

Zur Zeit, in der diese Zeilen geschrieben werden müssen, herrscht völlige Verwirrung über den Termin der Konferenz. Die französischen Regierungssozialisten und die englische Arbeiterpartei haben offenbar das Bestreben, die Konferenz soweit als irgend möglich hinauszuschieben; sie verlangten zunächst die Verlegung der Konferenz auf die zweite Hälfte des Monats September. Daneben wurden aber auch eine Unzahl anderer Termine genannt, so der 27. August, der 3. September usw. Nach unbestätigten Meldungen sollen die nach London und Paris gesandten Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrates ihre Zustimmung für den 3. September gegeben haben. Dazu hatten die Russen aber keine Vollmacht. Es bleibt also eine nähere Bestätigung dieser Nachricht abzuwarten. Immerhin wird wohl kaum der 15. August der Tag sein, an dem die Konferenzverhandlungen beginnen können. Auch die Entwicklung der inneren Verhältnisse Rußlands wirft ihre Schatten auf das Zustandekommen der Konferenz, da die Kräfte des Arbeiter- und Soldatenrates sowohl durch den Kampf gegen die immer selbstbewußter auftretenden bürgerlichen Schichten wie durch den Bruderkampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki gebunden werden.

Englische und französische Sozialisten hatten auch die Verlegung der Konferenz von Stockholm nach der norwegischen Stadt Christiania verlangt, aber die Russen und das holländisch-standinavische Komitee haben davon nichts wissen wollen. In den Verhandlungen des englischen Unterhauses spielt die Stockholmer Konferenz eine große Rolle. Der Minister Henderson, der der Arbeiterpartei angehört und sich jetzt aus allerdings sehr ansehbaren Motiven für die Teilnahme an der Konferenz entschieden hat, — er will u. a. auf der Konferenz darüber wachen, daß der entscheidende Friedensfreund Macdonald nicht zu weit geht — ist Gegenstand heftiger Angriffe der Imperialisten und Kriegsbeher. Vorläufig steht noch nicht fest, ob die englische Regierung bereit ist, den Delegierten für Stockholm die Pässe zu gewähren.

Die Franzosen zur Stockholmer Konferenz.

Auf der Pariser Konferenz, die zwischen den Abgesandten des russischen Arbeiter- und Soldatenrates und dem dauernden Verwaltungsausschuß der französischen Partei sowie englischen Beauftragten stattfand, wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die gegenwärtige Konferenz spricht ihre heraldische Zustimmung zu der von dem holländisch-standinavischen Ausschuss unterstützten Anregung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates aus, die zu der gemeinsamen Aufforderung der beiden Organisationen zur Zusammenberufung des Proletariats aller Völker zu einer internationalen sozialistischen Arbeiterkonferenz geführt hat. Das aus der russischen Vertretung und dem holländisch-standinavischen Ausschuss mit technischer Unterstützung des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus zusammengesetzte Organisationsbureau ist allein mit dem Verkehr mit den nationalen Sektionen hinsichtlich der Konferenz beauftragt.

Alle angeschlossenen Verbände der Internationale werden aufgefordert, an dieser Konferenz teilzunehmen. Falls sich diese Verbände seit Kriegsausbruch geteilt haben, sollen sowohl die Minderheiten wie die Mehrheiten aufgefordert werden. Ueberall, wo die Minderheiten sich in genau unterschiedene Parteien oder syndikalistische Verbände gruppiert haben, die nicht dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossen sind, sondern dem Internationalen Syndikalistischen Bureau, sollen sie eingeladen werden, sofern sie nicht schon durch andere, dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossene Verbände vertreten werden. Die Einladungen an jede Fraktion der nationalen Sektion sollen von dem vermittelnden Organisationsbureau an die nationalen Sektionen der Internationalen ergehen. Jeder Einspruch gegen die Beschlüsse dieser Sektionen wird vor das von jeder nationalen Sektion der gegenwärtigen Konferenz gewählte Bureau gebracht werden. Jede nationale Sektion wird dabei durch zwei Abgeordnete für Mehrheit und Minderheit vertreten sein.

Da das Schicksal des Vorgehens der Internationale von der Aufrichtigkeit abhängt, mit der die getroffenen Entschlüsse befolgt werden, so verpflichten sich die an der Konferenz teilnehmenden nationalen Sektionen, sobald die allgemeinen Entschlüsse formuliert sein werden, feierlich vor der vereinigten Internationale bekanntzugeben, wie sie diese Beschlüsse auszuführen gedenken.

Von besonderer Bedeutung ist natürlich der letzte Absatz über die Verpflichtung, die Konferenzbeschlüsse praktisch durchzuführen. Aber es wäre verfehlt, in die französischen und englischen Regierungssozialisten in dieser Hinsicht allzu großes Vertrauen zu setzen. Schon

auf der Pariser Konferenz haben sie allerlei Winkelzüge gemacht, sofern die folgende Meldung des französischen amtlichen Telegraphenbureaus (Havas) zutrifft:

„Die englischen Vertreter protestierten gegen die Forderung der Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, daß die in den Konferenzen getroffenen Entscheidungen obligatorischen Charakter haben sollten. Die englischen Vertreter verlangten, daß sie nicht den Charakter eines Zwangs haben dürften, sobald sie nicht einstimmig gefaßt worden seien. Schließlich wurde der von Renaudel ausgearbeitete (obenstehende) Text angenommen. Zu der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat vorgeschlagenen Tagesordnung, nämlich erstens „Der Weltkrieg und die Internationale“, zweitens „das Friedensprogramm und die Internationale“, drittens „Mittel und Wege, um das Programm zu verwirklichen und schnell den Krieg zu beenden“, erklärten Albert Thomas und Renaudel mit Nachdruck, daß die Probleme der Verantwortlichkeit auf der internationalen Konferenz aufgeworfen werden sollten. Goldenberg antwortete, der erste Paragraph der Tagesordnung, „Weltkrieg und Internationale“ gestatte in ausreichendem Maße die Stellung eines solchen Problems. Die Frage wurde als durch die Erklärungen gelöst betrachtet.“

Eine Anzahl französischer Regierungssozialisten betrachtet aber das letzte Problem nicht als gelöst. 3 Abgeordnete der Mehrheit, darunter Guesde, Comptère-Medel, Brafe usw., verlangten in einem Aufruf ausdrücklich, daß an erster Stelle der Konferenzverhandlungen die Erörterung über Ursprung und Verantwortlichkeit für den Krieg zu stehen habe. Geschehe das nicht, so müßte erst ein Nationalkongreß der Partei zu der Frage Stellung nehmen.

Ueber die Rolle, die die französische Minderheit bei den Pariser Verhandlungen gespielt hat, liegen zurzeit Nachrichten nicht vor.

Sunsmans Hoffnung auf den Ministersozialismus.

Camille Sunsmans, Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, hat den Stockholmer Korrespondenten der „Voss. Zeitung“ ermächtigt, nachstehende Erklärung über die Aussichten der Stockholmer Konferenz aufzugeben:

„Es standen bisher noch zwei Sektionen offen, deren Teilnahme noch nicht geregelt war. Die Engländer werden sich am 10. August entscheiden; sie würden eventl. am 15. nach Stockholm abreisen. Henderson hat sich mit der russischen Delegation nach Paris begeben, um die letzten Hindernisse zu beseitigen. Ich hatte also Recht, Optimist zu sein und zu bleiben. Die Internationale schuldet Henderson großen Dank; seine internationalistisch-sozialistischen Gefühle haben sich glänzend bewährt. Es ist folglich nicht ausgeschlossen, daß man unter den Teilnehmern der Konferenz Staatsministern begegnen wird, wie Zeretelli, Thomas, Henderson, Vandervelde. Mit Hilfe ihrer Vermittlung wird sich vielleicht eine Brücke zu den Kabinetten der Kriegführung selbst schlagen lassen.“

Die sozialistischen Elemente haben sich während des Krieges als die gemäßigten gezeigt. Es ist also logisch und verständlich, daß sie es sind, die die notwendige Annäherung vorbereiten, um eine Aussprache am grünen Tische zu ermöglichen. Um dieses Ziel aber zu erreichen, ist es Bedingung, daß die deutschen Demokraten jeder Färbung den Mut finden, der militärischen, reaktionären Autokratie ein Ende zu machen und zwar durch eine durchgreifende Demokratisierung des Parlaments. Der Mehrheitsbeschuß des Reichstages bleibt nur ein „Rehen Papier“, wenn er nicht in Taten umgesetzt wird. Die deutsche Regierung versucht, die Strömung zu meistern, indem sie Enthaltungen über vermeintliche französische Annexionsgelüste veröffentlicht. Angenommen selbst, daß sämtliche vorgebrachten Tatsachen genau sind, so ist es doch auch nicht minder wahr, daß das französische Parlament, das heißt, die französische Demokratie, diese Politik ihrer Regierung desavouiert hat, und in Frankreich ist die Kammer die wirkliche Herrin der Lage. Briand ist nicht mehr Minister. Paléologue nicht mehr Vorkämpfer. Ribot stimmt mit Thomas in der Beurteilung jeden Imperialismus überein. Auf der anderen Seite sind Rußland und Oesterreich durchaus zu einer Verständigung bereit. Rußland wünscht die Unverletzlichkeit Oesterreichs zu respektieren, und Oesterreich wird an das republikanische Rußland keine Zumutungen stellen. Die polnische Frage ist in Wirklichkeit keine österreichisch-russische. Es hängt also einzig und allein von Deutschland ab, guten Willen zu zeigen. Wenn nicht, so trägt Deutschland die Verantwortlichkeit für einen neuen Winterfeldzug. Dr. Michaelis tat in Gestalt seiner Erklärung an die von ihm empfangenen Journalisten einen ersten Schritt. Vielfach ist man der Ansicht, ob er nicht besser getan hätte, unzweideutig zu sagen, wie er verstanden sein will. Vor allem müßte er aufhören, vom Siegen zu sprechen. Alle Welt erwartet, daß die deutsche Arbeiterklasse und alle diejenigen unter den deutschen Bürgern, die klar sehen, wie Erzberger, eine entscheidende Aktion beginnen. Unter diesen Bedingungen würde es möglich sein, Unterlagen zu einem dauernden Frieden zu schaffen.

Wenn die Arbeiter, nicht nur Deutschlands natürlich, sondern aller kriegsführenden Länder, durch

eine „Aktion“ den Frieden herbeiführen würden, wäre für die Ministersozialisten kein Platz mehr zur Vermittlung. Sie sind dann nicht nur überflüssig, sondern dem Frieden direkt schädlich, denn von der „Verständigung“, an der die Herren Henderson, Thomas, Zeretelli und Vandervelde, und ihr deutsches Gegenstück: die Scheidemänner, mitarbeiten, ist der Dauerfrieden, den wir brauchen, nicht zu erhoffen. Würde doch jeder dieser Herren mit nationalistischen Hintergedanken an das Verständigungswerk herantreten.

Das Memorandum der Unabhängigen Sozialdemokratie in Rußland.

Das Stockholmer Memorandum der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das Genosse Haase in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli der deutschen Öffentlichkeit zugänglich machte, hat bei den sozialistischen Parteien Rußlands als ein wichtiger Schritt zum Frieden eine freudige Aufnahme gefunden.

„Nabotshaja Gazeta“, das Organ der menschewistischen Mehrheit und der sozialdemokratischen Minister, begrüßt mit herzlichen Worten das Memorandum der deutschen unabhängigen Sozialdemokraten: „Sie sind mit uns, vollkommen mit uns solidarisch — das geht deutlich aus der Denkschrift unserer Genossen jenseits der Grenze hervor. Ebenso wie wir, fordern sie einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Völker. Ebenso wie wir, fordern sie die Selbstbestimmung für Polen und Elsaß-Lothringen. Aber ebenso wie wir, sind sie der Ansicht, daß man diese Selbstbestimmung nicht durch den Krieg, sondern durch den gemeinsamen Druck der sozialistischen Demokratie aller Länder erzielen soll. Ebenso wie wir, fordern sie die Wiederherstellung Serbiens und Belgiens. Und endlich betrachten sie es zugleich mit uns als dringende Aufgabe, die Internationale durch einen gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten aller Länder wieder herzustellen.“

Ein „historisches Dokument“ wird das Memorandum von „Djelo Naroda“, dem Organ des Zentralkomitees der sozialrevolutionären Partei genannt. „Dieses Memorandum ist eine Art memento mori für alle, die noch nicht endgültig die Aufgaben und Ueberlieferungen des internationalen Sozialismus vergessen haben.“ Das Blatt schätzt besonders die grundsätzliche Haltung des Memorandums und empfiehlt seine Leitsätze als unsterbliche Parolen des internationalen Sozialismus. Aber darüber hinaus führt es die einzelnen Teile der deutschen Denkschrift als Beweis dafür an, daß grundsätzliche sozialistische Politik sich sehr wohl auch mit gesunder Realpolitik vereinbaren läßt, wie der historische Augenblick sie erfordert. Als Beispiele einer solchen Realpolitik, die zugleich „loyal, menschlich oder genauer gesagt sozialistisch“ ist, führt das Blatt die Punkte des Memorandums über Belgien, Serbien, Polen und Elsaß-Lothringen an. Und mit dem Gefühl tiefster Befriedigung stellt es fest, daß die Unabhängige deutsche Sozialdemokratie durch ihre sachlich einwandfreie und grundsätzlich untadelhafte Stellungnahme zu allen wichtigen Problemen des Friedensschlusses allen jenen „Realpolitikern“ den Boden unter den Füßen fortgezogen hat, die die deutsche Sozialdemokratie fortgesetzt verdächtigen und verunglimpfen. Daß dieser Hinweis in der Tat zutrifft, geht aus dem verlegenen Schweigen der russischen bürgerlichen Presse hervor, die gegenüber der Denkschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie keines jener Worte harter Kritik findet, die sie — durchaus berechtigt — dem Memorandum der Scheidemänner spendete. Der Propaganda des Friedens und der Annäherung des deutschen und russischen Volkes hat das Memorandum der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

Eine russische Lektion an die deutschen Regierungssozialisten.

Das Stockholmer Bulletin des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlicht einen Artikel Wladimir Rosanoffs, in dem den deutschen Regierungssozialisten in höflicher Form eine Portion bittere Pillen verabfolgt werden:

„Wir Sozialdemokraten waren immer der Ansicht, daß der Krieg seine Entscheidung auf der inneren Front des politischen Kampfes haben wird, im Innern des Landes also und nicht an dessen Grenzen. Von diesem Standpunkte aus betrachten wir die letzten Ereignisse in Deutschland als einen großen Schritt zum Frieden.“

Der Reichstag hat in namentlicher Abstimmung eine Friedensformel angenommen, die freilich nicht vollständig mit der unrisigen zusammenfällt. Die Polen scheinen in ihr das Selbstbestimmungsrecht der Nation zu vermissen. Wir wollen die Formel nicht kritisieren. Eine mehr oder weniger kunstvolle Formel herauszufinden, ist die unnütze Beschäftigung der Diplomaten, die entweder nichts zu sagen haben oder sich nicht entschließen können, Worte durch Taten zu ersetzen.

Für uns sind nicht Worte wichtig, sondern der Wunsch nach dem Frieden. Abg. v. Payer hat gesagt: „Ein Friedensangebot soll die Resolution nicht sein.“ Was soll sie denn sein? Scheidemann sagte, sie soll eine Richtlinie für den neuen Kanzler werden. „Es kann keinen Reichskanzler geben, der nicht im Sinne unserer Entschlüsse handelt. Mit aller Zweideutigkeit ist es zu Ende.“ Das ist sehr gut gesagt, leider aber hat es der Kanzler unterlassen, sich zu dieser Resolution expressis verbis (in ausdrücklichen Worten) zu bekennen. Der Kanzler hat vom Frie-

den in anderen Ausdrücken gesprochen. Die Frage bleibt also offen: was müssen wir als Deutschlands Willen ansehen? Die Rede des Kanzlers oder die Resolution des Reichstages? Gewiß ist es der Reichstag und nicht der Kanzler, der die Meinung ausdrückt. Die Macht aber ist in den Händen des Kanzlers und nicht in denen des Reichstages. Scheidemann hat ausdrücklich die Verantwortlichkeit des Ministeriums verlangt. Der Abg. Fehrenbach begnügt sich mit der Klage über die geringe Zählung zwischen Regierung und Parlament. Und meint, diesen Uebelstand durch die Berufung bewährter Kräfte aus dem Parlament zu überwinden. Abg. v. Pauer, Vertreter der Partei, welche die Rolle eines weichen Zementes zwischen dem Zentrum und der sozialdemokratischen Partei spielt, hat eine Mittellinie gefunden, indem er sagte: „Wir müssen eine solche Parlamentarisierung schaffen.“ Was ist aber eigentlich die deutsche „Parlamentarisierung“? Wir haben früher viel von einem „deutschen Frieden“, der eigentlich kein Frieden war, sondern Krieg, gehört. Soll die deutsche Parlamentarisierung auch keine Parlamentarisierung, sondern ein unverantwortliches Ministerium sein? Diese Erfindung des Abg. v. Pauer können wir schwerlich zu den glücklichsten rechnen. Im Gegenteil, wir denken über die deutsche Parlamentarisierung dasselbe, was Heine über die jüdische Religion meinte, als er sagte, daß es eigentlich keine Religion, sondern ein Unglück sei.

Wir sind weit davon entfernt, die innere Krise in Deutschland zu verhöhnern. Die Sache ist für den Frieden viel zu ernst und viel zu wichtig. Der Friede wird um so näher sein, je mehr die Völker auf die äußere Politik mehr Einfluß gewinnen werden. Wir stimmen vollständig der Meinung des Abg. v. Pauer bei, wenn er sagte, daß „den Frieden weniger die Regierung als die Völker abzuschießen haben“, wir lehnen nur die zweite Hälfte des Abjages ab, nämlich die Worte: „vorbehaltlich aller Kompetenzen der Regierungen“.

Im allgemeinen sagt uns die Reichstagsstimmung viel eher, daß die Krise in Deutschland ausgebrochen, als daß sie zu Ende ist. Denn alle Fragen waren gestellt, aber keine einzige wurde gelöst. Wir sind an der Demokratisierung in Deutschland auf lebhafteste interessiert, als Nachbarn, als Europäer, als Sozialisten und Revolutionäre und endlich als ein Volk, das aufrichtig einen baldigen Frieden wünscht. Aber eben deshalb, weil wir dafür ein so aufrichtiges Interesse haben, teilen wir die Befürchtungen des Herrn Vorst im „Berliner Tageblatt“ darüber, daß der progressive Block im Reichstag die Fehler des progressiven Blocks der Reichsduma wiederholt. Die Zeit der Reden ist vorüber, jetzt heißt es handeln.

Herr Vorst hat bei all seinen sehr passenden Analogien noch die eine vergessen. In der vierten Duma war eine kleine Gruppe, die außerhalb des progressiven Blocks stand und darum als Quantité négligeable von den Mehrheitsparteien betrachtet wurde. Diese Gruppe zählte unter ihren Mitgliedern solche Namen wie Kerenski und Tschidse. Wird eine ähnliche Ungerechtigkeit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gegenüber ausgeübt? Ganz kameradschaftlich möchten wir den „Vorwärts“ daran erinnern.

Der „Vorwärts“ stellt sich zu dieser Sektion sehr begriffstreu und schreibt dazu:

„Diese Schlussbemerkung Rosanoffs ist uns vollkommen unklar. Niemand hat versucht, die Unabhängige sozialdemokratische Partei von der Mitarbeit an der Reichstagsresolution und an der Lösung der Krise fernzuhalten, wie ja auch — ganz nebenbei bemerkt — die Stockholmer Delegation der Deutschen Sozialdemokratie sich für die Zulassung aller sozialistischen Parteien zur Konferenz ausgesprochen hat, während nun der französische Parteivorstand die Ausschließung der Zimmerwalder verlangt und dadurch wieder einmal der Konferenz einen Stein auf den Weg wälzt. Aber es ist doch so, daß die Unabhängigen sich selbst ausschalten und beiseitegehen — selbst wenn es sich um eine Aktion für den annexionslosen Frieden handelt, wie bei dem Reichstagsbeschluss. Und merkwürdig, wo sie hingehen, da treffen sich die Unabhängigen dann mit den Konservativen und Nationalliberalen, den annexionsistischen Imperialisten.“

Der „Vorwärts“ hat also die durchaus zutreffende Feststellung Rosanoffs, daß die deutsche Krise über einen ganz dürftigen Ansatz nicht hinausgetommen ist, überhört und will nicht verstehen, daß das Schicksal der russischen Sozialisten in der Duma dem der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage entspricht. Nur daß die Russen gegen bürgerliche Parteien und Regierung anzukämpfen hatten, während in Deutschland diese beiden Faktoren in den Regierungssozialisten eine ergebene Schutztruppe zur Bekämpfung der Unabhängigen Partei haben. Seine letzte Rettung ist der kindische und ewig wiederholte Hinweis, daß neben den Unabhängigen auch Konservative und Nationalliberale gegen die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit gestimmt haben. Der „Vorwärts“ weiß ganz genau, daß die Unabhängigen gegen die Resolution gestimmt haben, weil sie eine Halbheit, oder wie die J. A. sehr richtig bemerkte, eine Friedens- und eine Kriegsaufresolution zu gleicher Zeit ist.

Warum schweigt sich der „Vorwärts“ aus über die Tatsache, daß die Regierungssozialisten Arm in Arm mit den annexionsistischen Imperialisten sieben Kriegskreditvorlagen im Gesamtbetrag von 94 Milliarden Mark bewilligt haben? Und haben nicht die Scheidemann mit Konservativen und Nationalliberalen zusammen schöne Harmoniebücher geschrieben?

Einberufung des internationalen Gewerkschaftskongresses.

Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes beruft, gemäß von der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm (Juni 1917) beschlossener Einladung eine internationale Gewerkschaftskonferenz zum 1. Oktober 1917 nach Bern ein.

Das Einladungs schreiben, an sämtliche dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen gerichtet, lautet:

Verte Genossen!

Es ist leider eine Tatsache, daß die Beziehungen der Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder zueinander seit Ausbruch des Krieges sich sehr gelockert haben, was insbesondere im Hinblick auf die gemeinsamen Interessen der Arbeiter aller Länder sehr zu bedauern ist.

Doch jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo ein gemeinsames Handeln der Gewerkschaften aller Länder mehr denn je geboten erscheint. Das haben die Glieder des internationalen Gewerkschaftsbundes denn auch eingesehen.

Demgemäß laden wir alle gewerkschaftlichen Landeszentralen zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz auf Montag, den 1. Oktober 1917, vormittags 10 Uhr, nach dem Volkshaus in Bern (Schweiz).

Tagesordnung:

1. Konstitution und Sitz des J. G. B.;
2. die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongress.

Die Behandlung der politischen Fragen ist ausgeschlossen. Jedes Land kann bis zu zehn Delegierte entsenden, deren Namen wir uns baldmöglichst mitzuteilen bitten, doch hat jedes Land nur eine Stimme.

In welcher Weise der erste Punkt der Tagesordnung erledigt wird, wissen wir nicht. Zur allgemeinen Orientierung gestalten wir uns aber, kurz anzudeuten, wie — nach mündlichem Bericht — die Confédération générale du Travail über die Sache denkt. Der Sitz des J. G. B. soll nach einem neutralen Land verlegt werden. Es wird ein Exekutivkomitee gebildet, dem außer dem internationalen Sekretär Vertreter mehrerer (umliegenden) Länder angehören. Das Exekutivkomitee wird von der Konferenz gewählt und hat deren Beschlüsse auszuführen und dem Sekretariat Direktiven zu geben.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung wollen wir uns nicht weiter anlassen. Das Rednerprogramm und das Programm der J. G. B. sind Ihnen bekannt. Dazu gilt es, Stellung zu nehmen. Anträge hierzu mögen an uns gerichtet werden, soweit man sie nicht direkt der Konferenz zu unterbreiten wünscht.

Wir sprechen wohl im Sinne aller Gewerkschaftler, wenn wir sagen, daß die Stellungnahme zum Frieden für uns von weittragender Bedeutung ist. Daß es unbedingt notwendig ist, die Arbeiterchaft in allen Ländern mit den gewerkschaftlichen Forderungen für den Frieden vertraut zu machen, daß, je imponanter die Konferenz sich gestaltet, je einmütiger der Wille des Proletariats der Kulturwelt dort zum Ausdruck kommt, um so energischer auch die Arbeitermassen hinter dem Programm stehen werden. Und darin kann kein Zweifel sein, daß die Regierungen nur dann unser Programm aufnehmen, es zu dem ihren machen werden, wenn die Massen der Arbeiter dahinter stehen, wenn es diese vermögen, die Stimmen des profitgierigen Kapitals zum Schweigen zu bringen. Darum auf gen Bern und willkommen in der friedlichen Schweizerstadt!

Mit internationalem Gruß

Der Präsident. Der Sekretär.
O. Schneeberger. Karl Dürr.

Der internationale Gewerkschaftssekretär Pagan unterstügt diese Einladung; er widerspricht zwar dem Vorschlag, jetzt über eine Sitzverlegung des internationalen Gewerkschaftsbüros zu entscheiden, will aber daran die Konferenz keinesfalls scheitern lassen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat die Einladung angenommen und in Gemeinschaft mit der Vorstandskonferenz die deutschen Vertreter bestimmt.

Die Gewerkschaftsmitglieder sind also in Bezug auf die Besichtigung der Konferenz vollständig ausgeschaltet. Nur die Vorkämpfer der sieben mal gestellten Gewerkschaftsbureauekonomie sollen in Bern zu Worte kommen. Dem Sinne und Wortlaut des Aufrufes des Schweizer Komitees entspricht das auf keinen Fall.

Dem „Vorwärts“ wurde vom 6. August aus Stockholm gemeldet, daß die Konferenz jetzt auf den 9. September festgesetzt worden sei. Die Franzosen wünschten diesen Zeitpunkt, weil die Konferenz der Alliierten in London am 28./29. August, der Kongress der englischen Arbeiterpartei am 3. September stattfindet.

Die Unabhängige Sozialdemokratie in Westpreußen.

Uns wird geschrieben: In Westpreußen gab es seit Ausbruch des Krieges eine Parteibewegung nur in den drei Wahlkreisen Danzig-Stadt, Danzig-Land und Elbing-Marienburg. Die anderen zehn Wahlkreise sind vollständig tot. Die große Mehrzahl der Genossen in den eingangs erwähnten Kreisen stand nie im Lager der Regierungssozialisten. Wiederholt hat der Parteisekretär Gehl von den Danziger Genossen den Auftrag erhalten, in dem Parteistreit vermittelnd zu wirken. Er lehrte sich nicht an den Willen seiner Mandatare, sondern ging mit dem Parteivorstand durch dick und dünn. In Danzig wurden von der Dreieinigkeit Gehl-Bartel-Sellin gegen die Genossen der Opposition eine Reihe brutaler Gewaltakte verübt, die sich den schlimmsten Taten des Parteivorstandes würdig an die Seite stellen können. Daß unter diesen Umständen die Aufforderung des Parteivorstandes zur Parteispaltung in Danzig ein wirk-

James Echo fand, ist nobellegend. 15 Genossen wurden zum Teil nach einer Parteizugehörigkeit von 20 bis 25 Jahren, in abgekürztem Verfahren innerhalb dreier Tage aus der Partei hinausgeworfen. Die Danziger Genossen gaben den Partei-Staatsrechtlern darauf die gebührende Antwort: 200 Genossen und Genossinnen schlossen sich freiwillig den Gemäßigten an. Eine Reihe weiterer Genossen, die ihrer Unzufriedenheit mit den Zuständen in der Partei schon durch früher erfolgten Austritt zum Ausdruck gebracht hatte, trat ebenfalls der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie bei. Diese zählte am 1. April dieses Jahres in Danzig-Stadt und Land 280 Mitglieder. Zur Zeit der Spaltung mochte die Danziger Gesamtparteiorganisation 500 Mitglieder haben. Die Regierungssozialisten, die dem Parteivorstand immer vorfakelten, die Organisation hände geschlossen hinter seiner Politik und nur ein paar böse Böcke gingen abseits, mußten die schmerzliche Entdeckung machen, daß ihre Organisation nicht stärker, als die der unabhängigen Sozialdemokraten war. Sie gestanden in der April-Generalversammlung eine Verringerung der Mitgliederzahl um 130 Personen und eine Minderung der Gesamteinnahme von 625 Mk. auf 500 Mk. zu. Der Verlust muß noch größer gewesen sein — waren doch allein 200 Mitglieder mit den 15 Gemäßigten zur Unabhängigen Sozialdemokratie übergetreten — und wurde dadurch verschleiert, daß die absolute Zahl der Einnahmen für verkaufte Beitragsmarken der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Die Vereinsorganisation unserer unabhängigen Genossen befand sich damals erst im Entstehen. Trotzdem hatte sie an reinen Vereineseinnahmen in einer Zeit von sechs Wochen 200 Mk. zu buchen. Das Vierteljahr April—Juni zeigte eine weitere Entwicklung zu unseren Gunsten. Der Klassenbericht der Danziger Unabhängigen Sozialdemokratie verzeichnet in diesem Quartal eine Gesamteinnahme von 1133,26 Mark. Von dieser Summe sind 304,20 Mk. reine Beitrageinnahme. 718 Mk. wurden auf Listen gesammelt. Der Rest sind Eintrittsgelder, Einnahmen für Parteibüros, Mitteilungsblatt usw. 72 Genossen und Genossinnen traten unserer Partei neu bei, neun aus dem Lager der Regierungssozialisten zu uns über. Wir haben nicht eins unserer Mitglieder an sie verloren und zählen heute, obwohl wir 47 Genossen zum Militär abgeben mußten, die nicht in der Mitgliederliste geführt werden, 310 Mitglieder. Und die Regierungssozialisten? In unserer Generalversammlung waren 192, in der ihren 45 Besucher anwesend. Ist schon diese Tatsache ein Gradmesser der Bewegung, so noch viel mehr die andere, daß die Abrechnung jetzt vollständig ins Dunkelkammerchen gerückt wird. Bisher erhielt jeder Besucher eine mit der Schreibmaschine hergestellte Abschrift der Abrechnung. Das ist jetzt fortgefallen. Auch in der Volkswacht, der Zeitung der Danziger Regierungssozialisten, findet sich nicht eine Angabe über die Klassenverhältnisse, obwohl der Versammlungsbericht nahezu eine Spalte umfaßt. Wie lobenjämmerlich die Stimmung in diesem Lager ist, geht auch daraus hervor, daß ein Antrag Annahme fand, der vom Parteitag die Einleitung von Einigungsverhandlungen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten forderte. Für eine Einigung mit den Scheidemann und Braun, den Gehl und Bartel danken wir bestens. Abgesehen von den vielen gegen uns persönlich verübten Gemeinheiten trennt uns eine tiefe Kluft grundsätzlicher Anschauungen und wir sind sicher, daß die Einigkeit der Arbeiterbewegung auch auf anderem Wege kommen wird, als durch Verflechtungen. Notwendiger als dieser Antrag wäre ein solcher gewesen, der auf die Redakteure der Volkswacht erzieherisch einzuwirken versuchte. Mittlerweile hat ja eine höhere Gewalt eingegriffen und den beiden Herren das Handwerk gelegt. Ohne jegliche Ueberzeugung steht heute fest, daß in Danzig die Unabhängige Sozialdemokratie stärker als die Bewegung der Regierungssozialisten ist.

In Elbing-Marienburg ist die reinliche Scheidung erst in den letzten Monaten in Fluß gekommen. Der offene Bruch ist nur eine Frage der Zeit. Marienburg hat bereits den Anfang gemacht und die Organisation des Parteisekretärs Gehl an die Luft gelassen. In Elbing zählt der Sozialdemokratische Verein gegenwärtig etwa 250 Mitglieder, von denen $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ auf dem Boden der Opposition stehen. Die „Volkswacht“ befah noch in diesem Frühjahr 400 Leser. Jetzt ist sie fast völlig verschwunden. Der Verlag der „Volkswacht“, der sich über manches hinwegsetzt, wollte vor kurzem in Elbing 3000 Freilexemplare verteilen. Das Geld hierzu sollten die Gewerkschaften und der Sozialdemokratische Verein aufbringen. Beide Körperschaften lehnten diese Zuzahlung fast einstimmig ab, wobei an der Redaktion eine nichts weniger als schmeichelhafte Kritik geübt wurde. Trotzdem ging Herr Bartel nach Elbing und holte sich da die Niederlage, über die bereits in einer früheren Nummer des Mitteilungsblattes berichtet worden ist. Im Gegensatz zu Danzig hat sich der Provinzvorstand in Elbing zu einem gewaltigen Vorgehen gegen die Opposition bisher nicht entschlossen. Er hat damit ein unabwendbares Geschick um eine kurze Zeitspanne verzögert. Sicher ist jedenfalls, daß die von der Generalversammlung der Danziger Regierungssozialisten gewünschte Einigung der Arbeiterbewegung in absehbarer Zeit durch einen Massenübertritt in Elbing um ein gutes Stück gefördert werden wird. Westpreußens Arbeiter bleiben dem Sozialismus treu. Die Künste einer vom Größenwahn besessenen Parteibureauekonomie haben sie kein Verstandnis.

Aus der Bewegung.

Auch in der Provinz Brandenburg will nicht alles nach dem Diktum von Weis tanzen. Nunmehr ist man auch skeptisch geworden ob der Neuorientierung. Das kam auch in der Generalversammlung der Regierungssozialisten von Ost-Havelland kürzlich zum Ausdruck. In der Diskussion über den Parteitag in Würzburg

gab Schubert seiner Unzufriedenheit mit dem Verfassungsansatz Ausdruck, der, ohne die auf ihn gestellten Erwartungen zu erfüllen, sich vertagt habe und — gleich dem Reichstage — sich seines Rechtes begibt, auf die Geschicke des Landes bestimmend einzuwirken. Was das Wahlrecht betrifft, so sei auch da hartes Mißtrauen berechtigt. Die Fraktion hätte fordern müssen, daß die Minister, die gegen die Neuorientierung sind, gehen sollen. Auch sei es nicht richtig, daß die Fraktion sich auf eine Vertagung einlassen und die Ausführung der Regierung überlassen konnte. Sie hätte die günstige Gelegenheit besser ausnützen müssen. Wegen das Zusammenreffen unserer Genossen mit dem Kaiser habe er nichts einzuwenden. Jahnke wünscht auch, daß die Einigkeit in der Sozialdemokratie wiederhergestellt werde, wenn die Gelegenheit sich biete. Wer als Soldat die vom Krieg verwühten Landstriche gesehen habe, könne verstehen, daß die Partei alles tue, um den Feind von den deutschen Grenzen abzuwehren zu helfen. In den Tagen der Krise hätte der „Vorwärts“ klarer und schärfer die Punkte herausheben müssen, auf die es ankam. Mit Recht werde befürchtet, daß es mit dem Wahlrecht so gehen werde wie 1908. Daß unsere Genossen zum Kaiser gehen könnten, habe man vielfach nicht begreifen können. Auch habe der „Vorwärts“ nur eine magere Notiz darüber gebracht. Der Redner schließt: Die Fraktion soll schärfer vorgehen — an uns fällt nicht liegen, wir stehen hinter ihr! Pieper hat gegen die Kaiserkonferenz in der jetzigen Situation nichts einzuwenden. Man könnte sich heute nicht mehr anschalten lassen. Der Kaiser kann auch mal unsere Meinung direkt hören. Unsere Führer, die da waren, sind alle erprobt. Lehmann ist derselben Meinung, gibt jedoch in der Wahlrechtsfrage seinem Pessimismus Ausdruck. Krumnow wünscht, daß wir uns mit der Ausführung der Neuorientierung nicht bis zum Frieden verdrängen lassen. Vielmehr teilt die Bedenken der Vorredner in bezug auf die Neuorientierung, da uns schon vieles versprochen worden sei. Wir müßten immer fordern. Der Druck von unten werde schon einlegen. Wenn Genossen mit dem Kaiser reden, werden sie sich nicht gleich in Sozialisten umwandeln. Neumann äußert auch Zweifel bezüglich der Reformen. Ob wir im Kampfe um sie die Hilfe der Unabhängigen haben werden, sei fraglich. An eine Einigung mit ihnen glaube er nicht mehr. Der Referent Stahl führte im Schlußwort noch aus, daß auch er überzeugt sei, daß alles, was wir fordern, erkämpft werden müsse.

Natürlich wurde eine Resolution angenommen, die die Bewilligung der Kriegskredite billigt. Angenommen wurde noch der Antrag, wonach der Parteivorstand verpflichtet wird, als Redakteure der „Neuen Zeit“ nur Personen zuzulassen, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind. Dieser Pflicht wird der Parteivorstand mit Vergütungen nachkommen, inwiefern schon andere Orte und auch der famose Parteiaussschuß ähnliche Bestellungen bereits gemacht haben — auf Bestellung.

Die Regierungssozialisten in Frankfurt a. M. nahmen in zwei Versammlungen Stellung zu ihrem Parteitag. Nach dem „Vorwärts“ bezeichnete der Referent Wittrich die Erklärungen des Reichstanzlers als ungenügend. Nach den letzten Beschlüssen des Parteiaussschusses zur Kreditbewilligungsfrage hätte man eigentlich annehmen können, daß die Fraktion bei der unklaren Rede des Reichstanzlers die Kredite abgelehnt hätte, es sei denn, daß ihr weitere Zugeständnisse gemacht worden wären. Der Reichstag habe die Macht, die er habe, auszunützen müssen. Der Eintritt der Genossen in die Regierung könne nur bei Erfüllung bestimmter Bedingungen erfolgen.

Ein Teil der Diskussionsredner trat den Ausführungen Wittrichs im wesentlichen bei, die Mehrzahl stimmte jedoch der Taktik der Fraktion in der Kriegskreditfrage zu. Die Ablehnung der Kredite hätte die Annahme der Friedenserklärung des Reichstages vereitelt. Das Ergebnis der Beratung war die Annahme folgender, von Einzelner gestellten Anträge, zu deren Gunsten Wittrich eine von ihm eingereichte Resolution zurückgezogen hatte:

„Der Parteitag kann nur dann einem Eintritt von Parteimitgliedern in die Regierung zustimmen, wenn eine Friedenspolitik im Sinne der Reichstagsentscheidung, das parlamentarische Regierungssystem, Reichsministerium und bestimmte, deutlich ausgesprochene Programmpunkte eines demokratischen und sozialen Fortschritts sichergestellt sind.“

Der Parteitag erwartet von dem Parteivorstand, daß er alle Bestrebungen unterstützt, die darauf gerichtet und geeignet sind, die Einigung unter den heute getrennt marschierenden Teilen der Arbeiterbewegung wieder herbeizuführen.

Der Parteitag beschließt: Parteivorstand und Reichstagsfraktion sollen von der Reichsregierung eine völlige Amnestie und sofortige Freilassung aller wegen politischer und militärischer Vergehen verurteilten und inhaftierten Personen verlangen.

Der Parteitag erucht ferner den Parteivorstand, auch auf eine solche Amnestie hinzuwirken, die alle diejenigen umfassen soll, die in einer durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Notlage strafbare Handlungen begangen haben.“

Ein „linksradikale“ Partei. Die Bremer Arbeiterpolitik veröffentlicht einen Aufruf an die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen. Darin wird daran erinnert, daß die linksradikalen Bremens und Hamburgs am 5. Mai einen Aufruf zur Gründung von Ortsgruppen erlassen und damals schon darauf hingewiesen haben, daß die Gruppe „Internationale“ durch ihren Zusammenschluß mit dem Parteizentrum ihre organisatorische Selbständigkeit aufgegeben und von der Führung der linksradikalen zurückgetreten sei. Jetzt seien auch die Hoffnungen, daß die Gruppe „Internationale“ durch kraftvolles Drängen im neuen Rahmen die Orientierung der Arbeiterklasse fördern werde, aufhören geworden. Die Führer der Gruppe „Internationale“ hätten ihre um Selbständigkeit kämpfenden Ortsgruppen im Stiche gelassen. „Damit“, so heißt es weiter, „hat die Gruppe „Internationale“

ihre Selbständigkeit, die sie sich in der alten Partei aus eigenem Recht geschaffen, in der neuen Organisation aufgegeben und sich damit um jeden politischen Einfluß gebracht. Politisch ist ihr Vergehen total. Nichts zeigt dies deutlicher als ihre Stellung zur Stockholmer Konferenz. Nach anfänglicher Abgabe an diese Konferenz der Sozialpatrioten eine vollkommene, nur notdürftig bemäntelte Unterwerfung unter die Unabhängigen, die in Stockholm der Zimmerwalder Plinzen eine glatte Absage erteilten und die pazifistische Illusion des Verständigungsfriedens zur Plattform rein parlamentarischer Diplomatenkunst erhoben. Kaum ein Vierteljahr hat die Gruppe „Internationale“ an den Folgen ihrer Selbstentmündigung in Gotha laboriert. Die Gruppe „Internationale“ ist tot.“ Der Aufruf teilt dann weiter mit, daß sich zufolge des Hamburg-Bremer Aufrufs an vielen Orten linksradikale Ortsgruppen gebildet haben, wodurch die Grundlage für die „Internationale Sozialistische Partei Deutschlands“ da sei. Eine Anzahl Genossen seien zu einem Aktionskomitee zusammengetreten, um die ersten Schritte für die Konstituierung der Partei zu unternehmen. Diese Genossen machten sich keine Rechte an, denn die Internationale Partei solle nicht als neue Führerpartei entstehen. Die Gruppen werden dann aufgefordert, die Frage der Gründung einer neuen Partei, ihr Programm, ihre Organisationsform zu besprechen und bis spätestens Mitte August ihre Vorschläge an die Redaktion der Arbeiterpolitik einzureichen.

Eine linksradikale — sozialistische Partei ist demnach bestimmt zu erwarten. Das ist bedauerlich, denn die Zersplitterung in den Reihen derjenigen, die den Kampf um den Wiederaufbau einer auf grundlegendem Boden stehenden sozialdemokratischen Partei führen, muß sie schwächen gegenüber den Regierungssozialisten. Dabei ist es nicht wahr, daß die Unabhängige Partei irgendwelche Grundzüge preisgegeben habe und daß sie in Stockholm die „pazifistische Illusion des Verständigungsfriedens zur Plattform“ allein parlamentarischer Diplomatenkunst erhoben habe. Die Gründer der kommenden linksradikalen Partei hätten diesen Satz nicht schreiben können, wenn sie das Stockholmer Manifest der unabhängigen Delegation gelesen hätten. Wir verweisen das Aktionskomitee der neuen Partei insbesondere auf die letzten Absätze, die von den Vorbedingungen sprechen, unter denen der Abschluß des Weltkrieges herbeigeführt werden kann.

Will das Volk den Frieden? Am Donnerstagabend hatte die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Leipzig zwei Versammlungen einberufen, in denen die Genossen Geyer und Lipinski über das obengenannte Thema referierten. Die Versammlungen waren glänzend besucht, die großen Säle überfüllt. Beifallsalve auf Beifallsalve ertönte, als die Redner mit beredten Worten dem Schreien des Volkes nach Frieden Ausdruck gaben. Im Anschluß an die Referate wurde zum Anschluß an die Unabhängige sozialdemokratische Partei aufgefordert.

Was sie hoffen. Die Hoffnung unserer Regierungssozialisten ist grenzenlos. Am 2. August hat im vierien badischen Reichstagswahlkreise für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Blankenhorn eine Ersatzwahl stattgefunden. An seiner Stelle wurde der nationalliberale Bürgermeister von Vörrach, Gugelmeier, gewählt. An diese Wahl knüpft die Volkswacht für Freiburg i. Br. folgende Bemerkung:

„In der Volkswacht ist mehrere Male dargelegt worden, wie sich die Arbeiterklasse des 4. Wahlkreises und insbesondere die Vörracher zur Wahl des Herrn Dr. Gugelmeier stellt. Nachdem er nunmehr gewählt ist, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß er — trotz sonstiger politischer Segnerchaft — auch die Interessen der Arbeiterklasse, wo sich ihm im Reichstag Gelegenheit bietet, wahrnehmen wird.“

O, diese ahnungslosen Engel! Sie hoffen, daß der Nationalliberale die Interessen der Arbeiter vertreten wird. Von wegen der neuen Bloßbrüderschaft. Wenn diese Hoffnung berechtigt wäre, müssen die badischen Arbeiter und auch andere in Zukunft nationalliberal wählen. Nationalliberale haben mehr Klassengefühl als diese sogenannten Sozialdemokraten; sie werden die Interessen ihrer Klasse vertreten und diese Interessen sind nicht die der Arbeiter, sind ihnen entgegengesetzt. Aber die Freiburger Volkswacht hofft und — verrät die Arbeiterinteressen. So machen es Regierungssozialisten!

Die Unabhängige Partei in Köln. Kürzlich hielt Genosse Dr. Herzfeld in Köln eine von der Unabhängigen Partei einberufene Versammlung ab. Der Saal war sehr stark besetzt. Die „Rheinische Zeitung“ ist ganz unglücklich darüber, daß die Unabhängige Partei in Köln sich so lebendig gezeigt hat und daß es ganz offenbar auch in Köln sehr rasch vorangeht mit unserer Bewegung. Der Referent der Herren um Meerfeld äußert sich in kindischen Versuchen, das Referat des Genossen Herzfeld herabzusetzen. Sie sagen in ihrer Besprechung der Versammlung, Herzfeld habe einen Vortrag gehalten, den ein Diskussionsredner noch recht schonend als sehr oberflächlich disponiert bezeichnet habe. Eine ganze Reihe Kölner Genossen, die durch die Schule der Meerfeld-Kompanie gegangen wären, hätten die Sache besser gemacht. Dann aber muß das Blatt zugeben, daß den Anhängern der Unabhängigen Partei in Köln die Geduld gerissen ist; es regt sich über das „Trommelfeuer von Schimpfworten“ auf, das auf die regierungsozialistischen Redner niedergegangen sei. Entsprechend dieser Einleitung wird dann die Rede Herzfelds äußerst kurz wiedergegeben, während den Reden der Herren Meerfeld und Sollmann breiterer Raum eingeräumt wird.

Einen besseren Überblick über die Stimmung der Versammlung bekommt man aus dem Bericht, den das bürgerliche Korrespondenzbureau Mirbach nach der Kölnischen Volkszeitung versendet. Darin heißt es: „Dr. Herzfeld verstand es, durch seine Redegewandtheit Stimmung für seine Zwecke zu machen. Erregte Zwischenrufe, die sich bis zu schimpflichen Beleidigungen gewisser Personen steigerten, zeigten,

daß ein erheblicher Teil der Anwesenden auf seine Gedankengänge einging. Nach Herzfeld hatte der Abgeordnete Meerfeld schon deshalb einen schweren Stand, weil seine Stimmittel aus diejenigen seines Genossen nicht heranreichen. Was Meerfeld an lärmenden Zurufen, an persönlichen Beleidigungen hören mußte, ließ ahnen, wie tiefe Gegenätze, welches Maß von Haß innerhalb der Sozialdemokratie sich aufgeschauelt haben muß. Der nachfolgende Redner Dr. Sollmann wußte sich schon infolge seines Temperaments mehr durchzusetzen. Dann kamen andere Anhänger und Gegner der „alten“ Sozialdemokratie zu Wort, bis Dr. Herzfeld, der sich ebenfalls viel ihm Unangenehmes hatte sagen lassen müssen, das Schlußwort bekam.“

Wenn in Köln, wo die Genossen in den drei Kriegsjahren nur mit der Kost der „Rheinischen Zeitung“ abgepeist worden sind, sich die Auflehnung gegen den Regierungsozialismus so kräftig zeigt wie in der Sonntagsversammlung, dann darf uns das mit der Hoffnung erfüllen, daß die Unabhängige Partei das Proletariat bald wieder geschlossen hinter sich haben wird.

Die Sozialpatrioten im Wahlkreis Randow-Greifenhagen. Nachdem in diesem Wahlkreis der Uebertritt zu den Unabhängigen mit großer Majorität erfolgt ist, gaben sich die Sozialpatrioten am 27. Juli ein Stelldichein. In großen Worten, hinter denen sich geringe Taten verbergen, wird im „Volksboten“ verkündet, daß nun der Wahlverein „wieder flott“ sei. Zu der Versammlung war auch der Abgeordnete des Kreises, Körstgen, und der Redakteur des „Volksboten“, Herbert, erschienen. Während erörtert sich auf eine sachliche Auseinandersetzung beschränkt hat, hat Herbert nach seinem eigenen Bericht im „Volksboten“ in der gemeinsten Weise gegen den Bericht Vogtherr zu Felde gezogen. In dem Bericht heißt es: „Es sei empörend, daß man den Vertreter des Kreises im Reichstage, der 30 Jahre hier tätig war, seit zwei Jahren nicht mehr habe sprechen lassen, dagegen habe man sich den Demagogen Vogtherr geholt, der die Genossen gründlich eingeseift habe.“ Gegen die niederträchtige Beschimpfung des Genossen Vogtherr als Demagogen wollen wir nichts erwidern. Denn ein Mann wie Herbert kann Vogtherr nicht herabwürdigen, selbst wenn er zu solchen demagogischen Aniffen greift. Dieser Mann hat sich durch seine hinterlistige, gemeine parteipolitische Tätigkeit selber gerichtet. Aber erinnern möchten wir Herrn Herbert nur daran, daß es nicht Unabhängige waren, die daran schuld sind, wenn Herr Körstgen zwei Jahre hindurch im Wahlkreise nicht reden durfte, sondern die Triebkraft nur jener war, der mit Herbert unter einem Dache sitzt, ihm jetzt sehr nahe steht und verstanden hat, die Genossen im Wahlkreis Randow-Greifenhagen arg zu täuschen, um schließlich an der Seite des Herrn Herbert zu landen. Ihm verdankt er auch, daß sich die Parteispaltung zugunsten der Regierungsozialisten in materieller Beziehung vollzog. Ohne die Hilfe dieses Mannes würde Herbert heute seine den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufende Tätigkeit im „Volksboten“ nicht mehr ausüben können.

In Bayreuth wurde nach einem Referat von Engel und Braun-Nürnberg eine sogenannte Einigungsresolution angenommen, wonach der Parteitag für eine Einigung der sozialistischen Gruppen wirken soll. Wir haben früher schon dargelegt, daß für uns lediglich unsere sozialistischen Grundzüge maßgebend sind und nichts anderes. Wer nicht auf dem Boden dieser Grundzüge steht und sich in seinen Handlungen nicht von ihnen leiten läßt, kann keinen Anspruch erheben, Sozialist zu sein. Und mit solchen Leuten kann man sich nicht einigen. Im Interesse der Arbeiterklasse muß man solche Leute direkt bekämpfen; sie sind Schädlinge der Arbeiterbewegung.

Kiel. Am 2. August fand im Kieler Gesellschaftshaus die fällige Monatsversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten statt. Einleitend gab der Vorsitzende bekannt, daß der Reichstagsabgeordnete Genosse Henke in dieser Versammlung über das Thema „Deutschland an der Schwelle der neuen Zeit“ sprechen sollte. Vor längerer Zeit hatte der Sozialpatriot Hildebrand über dasselbe Thema referiert, dem Genossen Henke war es aber unterfagt zu sprechen. Auch andere Redner hatten das gleiche Schicksal. So kommt neben dem Mangel eigener Presse die Unmöglichkeit, in Versammlungen zur Kieler Arbeiterklasse über die großen Fragen der Zeit zu reden. Der Vorsitzende gab bekannt, daß es noch immer unmöglich sei, das Mitteilungsblatt, das am 1. Juli erscheinen sollte, herauszugeben, da das Papier nicht freigegeben wird. Was der Leipziger Gruppe der Unabhängigen bewilligt wird, verweigert man den Unabhängigen in Kiel, ein Schulbeispiel für die Gleichheit aller Staatsbürger.

Es wurde dann aufgefordert, recht zahlreich die auswärtigen Parteiorgane, die Leipziger Volkszeitung wie auch das Berliner Mitteilungsblatt zu abonnierten; es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß beide Blätter in Zukunft mehr als bisher über die Vorgänge am Orte berichten und auch auf die Angriffe der Volkszeitung eingehen möchten. Der Kassierer gab dann noch bekannt, daß die Zahl der Mitglieder in erfreulicher Weise im Steigen begriffen ist, das beste aber wäre, daß die meisten der Eintretenden nicht neue Genossen sind, sondern alte bewährte Mitglieder der alten Partei Scheidemännischer Richtung, die fest den Weg zu uns finden. Man hat sich deshalb veranlaßt gesehen, ein Bureau zu mieten, da die Arbeit in der bisherigen Weise nicht mehr zu bewältigen war. Es erfolgte noch die Wahl eines Mitgliedes des Bezirksvorstandes, auch wurde dem Vorstande anheim gegeben, beizeiten mit der Arbeit für die Stadtverordnetenwahl zu beginnen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

Die Arbeit der Regierungssozialisten im Wahlkreis Danau. Unter Führung des früher so „radikalen“ Abgeordneten Koch versucht man in unserem

Wahlkreise Organisationen für die Regierungssozialisten zu schaffen. Eine Wahlkreisorganisation haben sie gegründet mit Hoch als Vorsitzenden. Mit Gründung von Filialen hat es aber seine Schwierigkeiten, da die Arbeiter trotz der beweglichen Klagen von Hoch über die „Einheit und Disziplin“ sich ein Urteil gebildet haben. In Hanau-Stadt, wo nur ein paar Anhänger sind, reklamierte Arbeiter, die für die Partei früher keinen Finger krümmen machten und meistens keine Beiträge zahlten, mußte etwas geschehen, um an die Arbeiter heran zu können. Man machte deshalb Anfang August eine Friedensversammlung, in welcher Hoch über das Thema: Drei Jahre Krieg, wann kommt der Frieden? sprach. Er mußte eine große Enttäuschung erleben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen blieben der Versammlung fern und ließen Hoch unter rein bürgerlichem Publikum; die städtischen Beamten waren stark darunter vertreten. Seine Rede war auch für diese Zuhörer zugeschnitten, die ihm lebhaften Beifall zollten. Die recht stehende Hanauer Zeitung bescheinigte, daß: „Hoch ohne jede Schärfe sprach und sachlich war.“ In beweglichen Worten beklagte er, daß die Arbeiter die Führer verlassen hätten, die Arbeiter aber könnten doch ohne Führer nicht sein. Was wollten z. B. die Gewerkschaften ohne ihre Führer machen?

Nun, die Genossen des Hanauer Kreises verzichteten gern auf „solche Führer“ wie Hoch, das hat er doch des öfteren deutlich genug erfahren. In der Diskussion trat ihm ein einfacher Arbeiter und unsere Genossen Wimpel mit aller Schärfe entgegen, sie sagten, daß er kein Recht habe, vom Frieden zu reden, wenn er einer Fraktion Scheidemann Gefolgschaft leistet und nicht wagt, offen gegen die Kredite zu stimmen und somit den Friedensfreunden in den Rücken fällt. Viehnecht sei der erste mutige Führer gewesen, der die Friedensbewegung einleitete. Wenn er auch im Zuchthaus sitzt, so bleibt er doch unser Führer. Pflicht ist es, der Unabhängigen Sozialdemokratie anzugehören. Hoch antwortete den Diskussionsrednern unter lebhaftem Beifall des Bürgertums. Sein Rezept war ihm aber doch verdorben, die Arbeiter lassen sich nicht mehr einfangen. So steht es im ganzen Wahlkreis.

Der Volksbote und das Wahlrecht in Preußen. Aus Stettin wird uns geschrieben: In einem Artikel: „Das gleiche Wahlrecht in Preußen gesichert!“ in Nr. 160 des „Volksboten“ stürzt sich Herr Herbert wieder einmal in geistige Unkosten. Es kommt das selten vor, wenn es aber geschieht, dann so gründlich, daß sich auch die Nachwelt an der geistigen Größe dieses Mannes ergötzen kann. In diesem Artikel befinden sich unter anderem, jeder historischen Würdigung entbehrenden Auffassung, folgende Stellen:

„Ein jubelnder Ausschrei wird die Herzen des Volkes durchglühen, ein verführender Hauch über die Leiden, die der Krieg notwendigerweise mit sich bringt, gebreitet werden. Darüber sind sich alle unsere Freunde klar, ohne den Krieg wäre das gleiche Wahlrecht noch lange nicht erreicht worden. Ein solcher Sieges- und Friedenspreis ist der Opfer würdig.“

Mit der Gewährung des gleichen Wahlrechts sind die durch den Krieg eingetretenen Schwierigkeiten natürlich nicht beseitigt, aber man erträgt doch leichter das Ungemach, wenn die Erlösung winkt.“

Dieser Mann, der das geschrieben hat, nennt sich noch Sozialdemokrat und wird von den Regierungssozialisten in Pommern als solcher auch noch angesehen.

Die Maßregelung des Genossen Klawitter-Bremen sucht die Bremer Bürgerzeitung zu rechtfertigen. Gen. Klawitter war Leiter der Parteibuchhandlung in Bremen und nach dem regierungssozialistischen Bremer Blatt soll das ein so wichtiger Vertrauensposten sein, den man jemanden nicht anvertrauen könne, der nicht zur Partei gehöre. Das sind natürlich faule Ausreden, die Tätigkeit eines Buchhändlers ist vorwiegend eine kaufmännische, wobei die politische Anschauung gar keine Rolle spielt. Die Bremer Mameluken des Parteivorstandes geben übrigens in dem Schlußsatz ihrer Rechtfertigung selbst zu, daß es sich bei der Maßregelung Klawitters um einen gewöhnlichen Racheakt handelt. Sie werfen Klawitter vor, daß er es gewesen, der in erster Linie den Bremerischen Parteistand infizeniert und aufgefordert habe, die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen anzuzurühren. Da mußte es seltsam an, Klawitter jetzt über Maßregelung lamentieren zu sehen.

Also wozu das viele Gerede, daß es sich um keine Maßregelung handele, wenn man sich im Freudegefühl erfüllter Rache dann zu dem Zugeständnis der Maßregelung bequemt.

Der Sozialdemokratische Verein Offenburg (Waden) hat mit 19 gegen 9 Stimmen beschlossen, sich der Unabhängigen Partei anzuschließen.

Eine Wahlkreisversammlung in Vicquik beantragte zu dem bevorstehenden Parteitag der Regierungssozialisten die Wiedervereinigung aller sozialistischen Parteirichtungen. — Die gleichzeitig beschlossene Zustimmungserklärung zu der Tätigkeit der regierungssozialistischen Fraktion läßt diese die Einigungsbestrebung in einem besonderen Lichte erscheinen.

Neu-Nenburg. Auch am hiesigen Orte geht es vorwärts. Am Sonntag fand der Quartalsabschluss statt. Der Kassenbericht war günstig. Der Vorstand wurde ergänzt. Der Vorsitzende besprach die letzten Vorgänge im Reichstage und kritisierte die Hofgänger der Scheidemann und seiner Genossen. In der Diskussion wurde gewünscht, auch den Mißständen in der Gemeinde größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und Abhilfe herbeizuführen. Das wurde zugesagt.

Mit Bürgerlichen gegen die Arbeiter. Herr Schöpflin berichtet im „Vorwärts“ über einen großen Triumph der Abhängigen in Halle. Gegen 10 Pf. Entree haben die Abhängigen eine Versammlung arrangiert mit Schöpflin als Redner und vorparlamentarischer Weise die Versammlung in einem bürgerlichen Lokal

abgehalten und nur in bürgerlichen Blättern inseriert. Bureauwahl wurde verweigert. Der abhängige Abgeordnete Thiele als Vorsitzender drohte denen, die demokratische Gepflogenheiten aufrecht erhalten wollten, mit dem Gebrauch des „Hausrechts“. Unter dem Schutze der harten bürgerlichen Zuhörerichtheit hielt dann Schöpflin seinen Vortrag, der nicht über das von Scheidemann angegebene Schema hinausging. Als einziger Diskussionsredner sprach Genosse Albrecht. Er empfahl die Resolution, welche die Unabhängige Fraktion im Reichstag zur Friedensfrage eingebracht hatte. Die Abstimmung ergab eine sichtliche Mehrheit für die Resolution Albrechts. Der Vorsitzende Thiele erklärte aber eine Zustimmungserklärung zu der Friedensfundgebung des Reichstags für angemessen. Wenn die Abhängigen, so sagt mit Recht das halle'sche Volksblatt, auf diesen „Erfolg“ ihrer Versammlung — zu dem ihnen noch bürgerliche Unterstützung verhalf — etwa noch stolz sein sollten, dann sind sie um ihre Bescheidenheit wahrhaftig nicht zu beneiden.

Königsberg i. P. Wie die Delegiertenwahlen der Abhängigen zustandekommen, zeigt eine Versammlung der Regierungssozialisten für Königsberg-Stadt, die nur von etwa 50 Personen besucht war, obwohl für sie die weitgehendste Agitation entfaltet werden konnte, da die Parteivorstandsanhänger nicht daran gehindert werden, Versammlungen einzuberufen. Die Versammlung des Vereins für Königsberg-Stadt wählte zum Parteitag einen Herrn als Delegierten für die Stadt und einen anderen Herrn für Königsberg-Land!! In diesem Kreise gibt es keine Organisation der Abhängigen. Als seinerzeit die Genossen dieses Kreises sich nahezu einmütig für die Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärten, blieben dem Parteivorstand nicht so viel Anhänger, daß nicht einmal ein Vorstand gebildet, geschweige denn ein Verein gegründet werden konnte. Den drei bis fünf Männlein wurde der gute Rat gegeben, sich dem Verein der Regierungssozialisten für Königsberg-Stadt anzuschließen. Seitdem ist die Sympathie für die Abhängigen im Landkreise Königsberg nicht größer geworden, sodas noch immer keine Organisation geschaffen werden konnte. Aber ein Delegierter für diesen Kreis, Herr Lübbring, Gauleiter des Bauarbeiterverbandes für Ostpreußen, wird auf dem Parteitag erscheinen. Wenn der Kreis auch keine Organisation, keine Mitglieder hat, ein Delegierter muß sein, denn auf dem Parteitag muß doch mit einer möglichst großen Zahl Vertreter paradiert werden. Wenn auch in ande-

Parteigenossen!
Werbt für die Unabhängige
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands!

ren Kreisen solche Wahlen zustande kommen, so werden auch Regierungssozialisten den Wert eines solchen Parteitages nicht gerade hoch einschätzen.

Die Abstimmung über die Friedensresolution im Reichstage. Der Abgeordnete West-Mannheim bestritt in seinem Blatte, der „Mannheimer Volkstimme“, die Angabe, daß mehrere noch zur Unabhängigen Fraktion gehörende Abgeordnete für die Resolution der Unabhängigen Fraktion gestimmt haben. Er bestritt das nicht nur, er schimpft auch unbändig, redet von „glatt erlogen“ und davon, daß die Unabhängigen „Krupellos“ mit der Wahrheit umgingen. Als Abgeordneter, der seine Worte ein wenig besser wägen sollte, mußte er sich vor dem Gebrauch solcher Kraftworte hüten, zumal die „Lüge“ auf seiner Seite ist. Es steht absolut fest, daß die Abgeordneten Brandes, Hoch und Schmidt-Meiß für die Friedensresolution der Unabhängigen Partei stimmten. Wir können noch hinzufügen, daß der Abgeordnete David unmittelbar danach den Abgeordneten Hoch noch über diese seine Zustimmung zur Friedensresolution der Unabhängigen Fraktion zur Rede stellte.

Aus den Gewerkschaften.

Die Branchenversammlung der Maschinen-, Motor- und Autohändler nahm am 29. Juli den Bericht von der 13. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Köln entgegen. Den Bericht erstattete der Kollege Ulrich. Er ging in seinem Vortrag ausführlich auf den Bericht des Koll. Schilde und das Korreferat Dittmann ein. Weiter behandelte der Berichterstatter die Rede des Vorsitzenden der Generalkommission Legiens und die Erklärung von Kurth-München und Dittmann-Hamburg. Starker Beifall untertrieb die Ausführungen des Referenten. In der Diskussion sprachen sich sieben Redner im Sinne des Referenten und einer dagegen aus. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die Versammlung sich mit der Haltung ihres Vertreters vollkommen einverstanden erklärte. Ihre Ansicht über die Haltung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes und der Gewerkschaftsleitung bringt die Versammlung dadurch zum Ausdruck, daß sie den Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu dem ihrigen macht. Verurteilt wird die vom Vorstand bestellte Anlegung von Verbandsgeldern. Ferner erhebt die Versammlung schärfsten Protest gegen die Ausführungen des Herrn Legiens und verurteilt dieselbe mit aller Entschiedenheit diese Ansicht von einem Manne, der nicht zum Metallarbeiterverband gehört, aber zum Hinauswurf der Opposition aus dem Verbands aufgefördert hat.

Eine Metallarbeiterversammlung in Gotha nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die am 28. Juli tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes begrüßt die Stellungnahme der Opposition zum Vorstandsbericht auf der Generalversammlung in Köln, desgleichen erkennt sie an, daß die Stimmenthaltung der Opposition bei den Vorstandswahlen zum Ausdruck bringt, daß der Vorstand das Vertrauen der Mitglieder nicht mehr besitzt, vielmehr das Ehrgefühl ihn bestimmen müßte, seine Ämter niederzulegen.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften gab in der Zeit vom 24. bis 26. Juli in einer Konferenz mit den Gewerkschaftsvorständen einen Geschäftsbericht. Bemerkenswert ist der Beitritt der Generalkommission zum „Neuen Kreuz“. In dem offiziellen Bericht heißt es dann:

„Einen vom Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes gegen die Haltung der Generalkommission gerichteten Antrag, der verlangt, daß die Generalkommission nicht bloß mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch mit der Vertretung der Unabhängigen Sozialdemokratie zusammenwirken soll, wies er mit der Begründung zurück, daß das von den Gewerkschaften getroffene Mannheimer Abkommen mit der Partei nur die eine Partei und die eine Reichstagsfraktion kenne.“

Der Antrag wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Wie vorauszu sehen war. Ob übrigens die Unabhängige Partei mit dieser Kommission zusammenwirken kann, ist eine andere Frage.

Für die Frauen.

Konferenz der sozialpatriotischen Frauen des Bezirks Schleswig-Holsteins. Am 29. Juli tagte im Kleier Gewerkschaftshaus eine Frauenkonferenz des Bezirks Schleswig-Holsteins der Sozialpatrioten. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ganz gewaltig zurückgegangen ist. Von 11 044 sind nur noch 7047 Mitglieder verblieben, die Schuld daran trägt, wie ja von dieser Seite nicht anders zu erwarten ist, hauptsächlich die Haltung der „Gleichheit“, ging doch die Zahl der Leserinnen von 2209 auf 1356 zurück. Jetzt aber, so führt man aus, nachdem die Gleichheit „wieder“ eine sozialdemokratische Frauenzeitung geworden ist, hebt sich auch die Zahl der Leserinnen wieder. Aus diesem Grunde braucht man auch der „Frau Zieg und der Frau Zeßlin nicht weiter nachzutruern, denn sie waren doch gegen uns“ also führte man auf der Konferenz aus. Mit größeren Fragen hat sich die Konferenz nicht beschäftigt, die Tätigkeit in der Kriegswirtschaft und in Hilfsdienstkommissionen, vor allem aber die Sorge, „daß diese Tätigkeit in Zukunft so wenig wie möglich ehrenamtlich geleistet“ werden möge, ging wie ein roter Faden durch die Ausführungen fast aller Rednerinnen. Aus den verschiedenen Beschlüssen verdient hervorgehoben zu werden, daß die Sozialpatrioten für den Monat Oktober eine großzügige Agitation unter den Frauen planen, wenn ihnen nur die Unabhängigen Sozialdemokraten nicht zuvorkommen. Wenn der Bezirksvorsitzende Kürbis zum Schluß diese Konferenz als einen großen Erfolg bezeichnet, so zeugt das nicht gerade von großen Erwartungen seinerseits, der Rückgang der Mitglieder müßte eigentlich das Gegenteil eines Erfolges beweisen.

Aus der Zeit.

Bucher in allem. Kummel, meist reichlich wildwachsend, ist jetzt kaum zu haben oder nur zu ungenügender hohen Preisen. Einen Beleg dafür bildet eine Eingabe der Kaffee- und Kolonialwaren-Großhandlung Heine u. Stolzenberg (Hannover) an das Kriegs-ernährungsamt:

„Die Ernte in Kummel wird jetzt hereingebracht, und es sind bereits die ersten Angebote im Markte, aber zu einem derart unerhört hohen Preise, daß es jeder Beschreibung spottet.“

Die Firma Alwin Damm in Schönebeck forderte gestern telephonisch von uns:

1060 Mark pro Zentner deutschen Kummel bei Posten von nicht unter 100 Zentner. Zu solchen Preisen kann kein deutscher Händler diesen Artikel anlassen, und es tut dringend not, daß hier sofort durch Beschlagnahme und Höchstpreise eingeschritten wird. — In Friedenszeiten haben wir manchen Zentner Kummel zu 22 bis 45 Mk. aus der Hallenser Gegend gekauft, und heute Forderungen über 1000 Mk. pro Zentner mehr —, das schlägt ja dem Faß den Boden aus!

Sehr richtig. Hier wäre wirklich nach Generalleutnant v. Groener der Potsdamer Platz angebracht.

Die Kosten der Fleisch-Sonderzulage sollen sich bisher auf etwa 600 000 000 Mk. belaufen. Natürlich komme eine Reichsausgabe für diese Zwecke von mehr als 100 Millionen Mark in Betracht. — Die Preise des auf die Zulagekarte verarbeiteten Fleisches sind nicht wesentlich niedriger als die normalen Fleischpreise in Friedenszeiten. Selbst wenn die Produktionskosten höher geworden und wenn man annehmen wollte, daß die Zulagen-Fleischpreise einen Teil unter den normalen Friedenspreisen stehen, würden immer noch zwei Drittel dieser Reichsausgaben für die Fleischzulage den Fleischproduzenten ohne besondere Gegenleistung zugute kommen. Wenn bei diesen Fleischzulagen von Geschenken gesprochen werden sollte, dann sind es vorwiegend Geschenke an die Landwirtschaft.

Verantw. Redakteur: E. Reid; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.
 Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 38-39.